

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postämter zu beziehen. - Der Abonnementspreis beträgt 1.80 Mark für das Vierteljahr ohne Frangierlohn.

Insereate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pf. für die 6-spaltige Weltzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 16

Sonntag, den 20. April

1913

Es ist erreicht!

Die Konzentration der kapitalistischen Mächte zum Zwecke einer Verstärkung des Widerstandes gegen die Organisations der Arbeiter vollzieht sich auffallend schnell. Ständen sich Unternehmerorganisationen aus verschiedenen Gründen gegenüber oder ließen sie aus persönlichen Gründen oder um ihrer besonderen Beziehungen zu den einzelnen deutschen Regierungen willen nebeneinander, so werten nach und nach diese Eigenheiten aufgegeben oder die Differenzen ausgeglichen, um nur die Zersplitterung zu beseitigen, die ein gemeinsames schärferes Auftreten gegenüber den Arbeitern stört. Ganz offen geben die sich verschmelzenden Unternehmerorganisationen, sowie die ihnen dienenden Zeitungen zu, daß sie in nächster auf die Fortschritte der Arbeiterorganisation die Konzentrierung ihrer Kräfte vollziehen.

Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, wie wir dies schon mehrfach bemerkt, über diesen Wandel der Dinge unzufrieden zu sein. Es muß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu einer reinlichen Scheidung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten kommen, weil sicher einmal die geschlossene, vereinigte Masse der Ausgebeuteten an die Beseitigung ihrer Ausbeutung herangehen wird. Freiwillig wird diese Ausbeutung von ihren Praktikanten nicht aufgegeben, sie muß durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzungen außer Kraft gesetzt werden. Wie weit wirtschaftliche Umwälzungen den Widerstand der Unternehmerklasse schon vorher brechen, und eine bessere Erkenntnis in allen Volksteilen zur leichteren Einführung neuer gesellschaftlicher Einrichtungen verhelfen werden, das ist nicht möglich zu bestimmen; zweifellos werden sich aber geschlossene, vereinigte Massen der Ausbeuteten bilden, die die Situation der Arbeiterschaft nur gewinnen.

Doch auch für die inzwischen in der kapitalistischen Produktion sich abspielenden Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern ist der Ausbau der beiderseitigen Organisationen für beide Teile insofern von großem Wert, weil Differenzen durch die Organisationen sich leichter beseitigen lassen, als durch zersplitterte Gruppen oder zwischen einzelnen streitenden Elementen. Freilich bringt die steigende Machtentfaltung der Unternehmer den Arbeitern auch Nachteile, da Scharfmachererei Herrschaft zuweilen Versperrungen usw. provozieren, die schweres Unheil bringen, die doch hätten unterbleiben können. Indessen wirken öffentliche Stimmen und Kräfte auf mehr objektive Behandlung der Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern hin, so daß die Organisationen nicht ganz achtlos an diesen öffentlichen Einwirkungen vorübergehen können.

Darum beurteilen wir auch ohne Bestürzung und Vorurteil einen Vorgang der berechtigten Aufsehen hervorruft. Es ist dies die Verschmelzung der beiden großen Zentralorganisationen der deutschen Arbeitgeberverbände. Es wird darüber folgendes gemeldet:

Mit dieser Zusammenlegung wird der Schlüssel in der Entwicklung der deutschen Arbeitgeberverbände gelegt. Die beiden zentralen Organisationen bestanden seit dem Jahre 1904 nebeneinander und hielten sich an Stärke ungefähr die Waage. Bisher waren sie durch einen Kartellvertrag verbunden, nämlich in der Sache eine völlige Vereinigung getreten. Dadurch werden die Abwehrbestrebungen der deutschen Arbeitgeberverbände auf eine einheitliche Grundlage gebracht.

Die Satzungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die durch eingehende Vorverhandlungen festgestellt waren, wurden in der gründenden Versammlung einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die neue Vereinigung sofort in Wirksamkeit treten zu lassen. Daher bildete sich am gleichen Tage der vorläufige Vorstand der neuen Vereinigung und wählte aus seiner Mitte zum ersten Vorsitzenden Fabrikbesitzer Garvens-Danoner und zum zweiten Vorsitzenden Landrat a. D. Rötger-Berlin. Die Geschäftsführung wurde an Egonius Dr. Kändler in Berlin übertragen.

Es ist erreicht! Mit diesem Ausruf werden alle Scharfmacher die Verschmelzung begrüßen, denn in den nun vereinigten Verbänden treiben gerade die ärgsten Scharfmacher ihr Ziel. Es ist eine Umschreibung der Tatsachen, eine falsche Darstellung, wenn gesagt wird, daß der Organisation der Unternehmer nur Abwehrbestrebungen, die gegen die Arbeiterorganisationen, zugrunde liegen, denn das Bestreben der Arbeiterorganisationen durch Annahmegesetze, die gerade von den nun vereinigten Verbänden durchzusetzen zu werden, lahm zu legen, schließt zentralistische Bestrebungen nicht aus, die weit weit ab von Abwehrbestrebungen liegen. Sie sind vielmehr Versuche, jede Sozialreform zu verhindern und die bisherigen kleinsten Sozialgesetze ganz unwirksam zu machen, gewalttätige Ausnahmegesetze zu schaffen, die, wie seitens des Sozialministeriums auf politischem Gebiete, auf wirtschaftlichem Gebiete die Zerstörung der Gewerkschaften aufsteden.

Das ist der wirkliche Kern der Verschmelzung. Ob der Zweck erreicht wird, ist eine andere Frage. Unserer Auffassung nach wird er nicht erreicht werden. Wer der Versuch wird eine weitere Verschärfung der Klassenkämpfe mit sich bringen.

Für die Arbeiter muß daher die Verschmelzung der Unternehmerverbände ein Signal zur stärksten Kräftigung ihrer Agitation für die gewerkschaftlichen Organisationen sein, gegen die der Zusammenschluß der Unternehmer gerichtet ist. Wie ein Mann müssen die Arbeiter zusammenstehen, dann werden sie auch der neuen Situation gewachsen sein.

Die Begehrlichkeit der Arbeiter.

Das alte Schlagwort von der Begehrlichkeit der Arbeiter ist in der kapitalistischen Presse trotz seiner ausgeprägten Niederträchtigkeit noch nicht außer Kurs gesetzt. Mit ebler Dreistigkeit schleudert man es immer noch den Arbeitern entgegen, wenn diese nach einer bescheidenen Erhöhung ihrer Lebenslage ringen und bessere Löhne verlangen. Dann versucht man auch mit der Beschuldigung der Unersättlichkeit die fordernden Arbeiter in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Somit die Aufklärung über die Arbeiterverhältnisse durch die Arbeiterpresse reicht, versagt die Unwahrscheinlichkeit jenes Schlagwortes allerdings nicht. Und in Arbeiterkreisen selbst kann es nur Entrüstung hervorrufen, denn an ihrem eigenen Leibe empfinden die Arbeiter die Dürftigkeit ihres mageren Lebens, in dem jede kleine selbstauferlegte Entbehrung mit dem Gefühl des Hungers verknüpft ist. Sie müssen es darum als Lohn betrachten, wenn jemand von der Begehrlichkeit der Arbeiter spricht. Die größte Unerschöpflichkeit ist es jedoch, wenn man die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ als ein Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung bezeichnet, die den Profit und die Unternehmungslust der Unternehmer unterbinde. Das ist eine bewußt ausgesprochene Unwahrheit. Mag die Statistik über unser Wirtschaftsleben noch so dürftig sein, soviel läßt jedoch das darüber vorhandene statistische Material erkennen, daß die kapitalistischen Gewinne im Steigen begriffen sind.

Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften bestätigen dies. Nach der statistischen Feststellung stieg die Durchschnittsdividende des gesamten dividendenberechtigten Aktienkapitals von 7,38 Prozent im Jahre 1908/09 auf 8,09 Prozent im Jahre 1910/11 und im Jahre 1912 wird eine weitere Steigerung erwartet.

In diesen wenigen Ziffern spiegelt sich die Prosperität großkapitalistischer Unternehmungen, die für unser heutiges Wirtschaftsleben typisch sind. Unwiderleglich strafen sie aber auch die oben bezeichneten Behauptungen von der ungünstigen Beeinflussung der Unternehmungslust der Kapitalisten durch die „Begehrlichkeit der Arbeiter“ Lügen. Erhöhte Dividenden reizen die Unternehmungslust an, erhöhte Dividenden sind aber das Ergebnis zu gering gezahlter Löhne. Die Arbeiter haben ein Anrecht auf diese Dividenden, die sie durch ihre Arbeit erst ermöglicht haben. Verlangen sie aber einen Anteil an diesen Dividenden in Form höherer Löhne, dann fallen die Dividendensucher über sie her, bezichtigen sie „maßloser Begehrlichkeit“ und was sie sonst noch der Welt vorzuschubdeln, um nur jenen Heller von dem von ihnen eingezackten unverdienten Profit abgeben zu müssen.

Bestehen jedoch die Arbeiter auf ihren Forderungen, dann schreit die gierige Ausbeutergesellschaft nach Unterdrückung der fordernden Arbeiter durch die Polizei und Regierung, die sie als Mittel zum Schutze der Ausbeutung betrachtet. Die Arbeiter sollen sich unbedingt zufrieden geben mit den dürftigen Löhnen, die ihnen der Kapitalismus diktiert.

Lassen sich aber die Arbeiter von ihren Forderungen nicht abbringen, dann wird ihnen noch vorgerechnet, was die armen Kapitalisten für schwere Lasten zugunsten der Arbeiter infolge der sozialen Gesetzgebung zu tragen haben. Undankbarkeit wird ihnen vorgeworfen, daß sie diese „soziale Fürsorge“ des Unternehmertums nicht anerkennen. Ganz abgesehen von der höchst ungenügenden sozialen gesetzgeberischen Fürsorge, wird bei dieser Darstellung die Tatsache beiseite geschoben, daß die angeblichen sozialen Lasten doch noch eine Dividendensteigerung zuließen, denn jene Lasten sind in die Geschäftskosten mit eingerechnet.

Man kann also die Sache drehen und wenden, wie man will, die Berechtigung der Arbeiterforderungen ist gegenüber der Dividendensteigerung nicht hinwegzudisputieren. Die Besserung der Lage der Arbeiter durch höhere Löhne ist durchzuführen, ohne daß die kapitalistische Wirtschaft erschüttert wird, sie hat aber außer dem nächsten

Ziele der notwendigen Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Arbeiter auch den inneren Wert der Kulturförderung, denn je höher die materielle Lage eines Volkes steht, um so höher greifen und reichen seine Ideale.

Reichstagsbrief.

Wenn es noch eines Beweises für den gemeinsamen imperialistischen Zug bei allen bürgerlichen Parteien bedürft hätte, so wäre er durch die erste Lesung der Militärvorlage erbracht. Alle, selbst die Fortschrittliche Volkspartei, sind bereit, die Rüstungstreiberlei mitzumachen, die der kapitalistischen Weltpolitik dient und außerdem die Niederhaltung des „inneren Feindes“ bezweckt, der dieser imperialistischen Politik entgegentritt. In der Tat ist es nur dieser „innere Feind“, die Sozialdemokratie, die ein ablehnendes Nein! dem Rüstungswahn entgegenstellt.

Wäre es nicht so, die Regierung hätte es nicht wagen können, dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, die in der ganzen Welt Aufsehen erregt und die stärksten Forderungen an das Volk stellt. So aber wurde die Vorlage bei der ersten Beratung von den nationalliberalen und konservativen Rednern trotz einiger phrasenhafter Bedenken ostentativ begrüßt, während die Zentrumredner Spa h n und E r a b e r g e r ihre Bewilligungslust hinter dem Verlangen versteckten, die Regierung solle in der Kommission, die hinter den Kulissen, noch weitere Erklärungen abgeben. Auch die fortschrittlichen Redner erhoben ähnliche Anforderungen, suchten aber bei den Kleinbürgerlichen Kreisen mit wortreicher Opposition gegen verschiedene Mißstände im stehenden Heere für ihre bewilligungs-schweres Herz Symphonie zu erwecken. Aber bewilligen werden auch sie. Dieser Tatsache gegenüber ist all das Gerede drum herum ohne Bedeutung. Die Militärsteuer wird von diesen Parteien dem Volke aufgebrennt.

Eine schreibbare Erschütterung des militärischen Enthusiasmus brachte nur die Rede des Zentrumsgenerals Hänsler, der als militärischer Fachmann schneidende Kritik an den Zuständen im Heere übte, aber doch vom Standpunkte eines Anhängers des stehenden Heeres, wenn er auch die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Militärs mit seiner Kritik hätte Herr Hänsler in das Wespennest der ganzen Generalität gestochen, die auf der Bundesratstribüne anwesend war. Die Gesichter wurden lang, die militärische Schneidigkeit fühlte sich getroffen, es wurde hier und da getuschelt und geheßt, wie der unbehagliche Kritiker abgetan werden könnte.

Das war leichter gewünscht als getan. Der Reichstag in seiner Stelle einfach alles als unrichtig hin, fiel aber ab damit. Der bayrische General v. W e n n i n g e r tat dasselbe noch blumper und fiel herein. Er mußte andern Tags sogar Abbitte leisten. Dazu kam die unerbittliche prinzipielle Opposition der sozialdemokratischen Redner Scheidemann und Dr. Frank, von denen besonders der erstere die Regierungspolitik als die Ursache der ungeheuerlichen Vorlage in der schärfsten Weise kennzeichnete, so daß der Reichstagskanzler seine eigene Begründungsrede umdeuten mußte. Den Popanz der slavischen Gefahr, die dem Germanentum drohe, wollte er nicht vor dem Reichstage aufgeführt haben. Nimmt er aber diesen Popanz fort, dann gibt es gar keinen Grund für die nachhinnigen Rüstungen, außer der Furcht vor dem „inneren Feind“, die man aber nicht offen einsteht.

Gab es also peinliche Stunden für die Regierung, so gingen sie ihr doch nicht nahe, weil sie eben der Bewilligung der gesamten bürgerlichen Parteien sicher ist. Das Zentrum sucht höchstens die Einschmuglung der Jesuiten für die Bewilligung einzuschachern. Na, der Wunsch wird einfach erfüllt, — dann locht die katholische Volkseele nicht mehr, mag die Gut- und Flußsteuer noch so groß sein, die ihr das Zentrum aufbürdet.

Die Gutsteuer! Ja, diese macht der Regierung eher Sorge, als die Flußsteuer, die sans façon bewilligt wird. Hier machen die bürgerlichen Parteien samt und sonders Einwendungen.

Die Milliarde, die der einmalige Mehrbeitrag von den bestehenden Klassen aufbringen soll, trifft auch die kleinsten Vermögen. Das Zentrum schreit und will die steuerbare Vermögenssumme auf 20-30 000 M. erhöht wissen, damit es den Kleinen Rentnern vorspiegeln kann, es habe sie von der Steuerlast befreit. Die Großgrundbesitzer, Adlige und Gemeine, suchen sich möglichst davon zu drücken und werden die Vermögensschätzung danach zu gestalten suchen. Die Fortschrittler und Nationalliberalen mäkeln daran herum. Das alles macht der Regierung Sorge. Nach mehr oder weniger Aufbringung der Ausgaben, die 200 Millionen Mark betragen werden, wenn um diese fortwährenden Ausgabensummen noch mehr Differenzen...

Die Agrarier und die Ultramontanen, also die Schwarz-Blauen, wollen die Vorlage über das Erbrecht des Staates nicht, obwohl diese Erwerbung nur mit 16 Millionen Ertrag eingeschätzt ist. Sie fürchten die Konsequenzen für die Erbschaftsteuer, die sie aus Drückbergerei immer noch so scharf bekämpfen, wie bei der wichtigsten Reichsfinanzreform im Jahre 1906.

Die Vertreter des mobilen Kapitals sind gegen die Vorlage zur Erhöhung der Stempelsteuer. Die Partikularisten schreiben Peter und Paul gegen die Erhöhung der "Veredelung" sagt die Regierung in den Motiven — "Veredelung" weil sie die Finanzhoheit der Einzelstaaten zerstöre und was des Geschwäses mehr ist. Da muß es der Regierung schon schwer erscheinen, die bürgerlichen Parteien unter einen Hut zu bringen. Deshalb erschien auch plötzlich am Sonnabend der Reichstagsrat im Reichstage und beschwor in einer beweglichen Rede vor beinahe leerem Hause die bürgerlichen Parteien, die Vorlagen nicht abzulehnen.

Besonders war es ihm dabei aber doch um den einmaligen Wehrbeitrag, die Milliarde, zu tun. Er denkt, wenn er die erst samt der Veresvermehrung hat, dann müßten die bürgerlichen Parteien Steuern schaffen — wenn sie es auch wie 1909 tun, nämlich dem arbeitenden Volk außer der Einkommensteuer auch die fortschreitenden Ausgaben durch neue indirekte Steuern aufbürden. Dann mag die Sache bis zum Herbst dauern; das kommt dann noch zeitig genug, und inzwischen kann das Volk gehörig angeknödeln werden.

Unbequem ist bei diesem Verfahren all den Volksausbeuten nur die schonungslose Kritik der sozialdemokratischen Opposition. Freilich, kann die sozialdemokratische Fraktion die Annahme der Militärvorlage nicht verhindern, dann wird ihr Bestreben darauf gerichtet sein, die Kosten den Besitzenden zuzuwenden, denen sie allein dient. Beim "Wehrbeitrag" wird die Hinausschraubung der steuerbaren Vermögenssumme und die Progressivität der Steuer von den Sozialdemokraten sicher beantragt werden, ebenso die Erhöhung des steuerlichen Prozentsatzes vom Einkommen. Hier wird die Herabsetzung der steuerbaren Einkommenssumme, die jetzt auf 50 000 M festgesetzt ist, ebenfalls beantragt werden, da ein Einkommen von 30 000 Mark leichter Steuern tragen kann, als ein Vermögen von 30 000 M, das doch ein viel geringeres Einkommen ergibt. Doch wird sich das alles nach der Haltung der bürgerlichen Parteien in der Kommission erst noch normieren lassen.

Ebenso wird die sozialdemokratische Fraktion ihre Stellung erst präzisieren können, wenn die bürgerlichen Parteien bestimmte Stellung zu den Vorlagen über die fortwährenden Ausgaben nehmen. Wir sind der Meinung, die wir schon oben bedingt ausgesprochen, daß diese Vorlagen bis zum Herbst verschoben werden, um Zeit zum Möglichen zu gewinnen. Die nächsten Wochen werden ja Klarheit herüber bringen.

Die erste Beratung hat also ergeben, daß trotz des Geschrei über die ungeheuerlichen militärischen Forderungen in einem großen Teil der bürgerlichen Presse, die bürgerlichen Parteien doch allem zustimmen. Erst die Sozialdemokratie ist ernstlich bemüht, das Unheil vom Volke abzuwenden. Gegenüber den Volksfeinden ist sie leider in der Minderheit.

Rundschau.

Es wird weiter untersucht. Die Vieh- und Fleischpreise ziehen wieder an. Das ist eine Folge der Aufhebung der Maßnahmen der preussischen Regierung zur Steuerung der Fleischnot. Wenn nun der Arbeiter noch mehr sich des Fleischgemusses enthalten muß, als bisher. Er hat er wenigstens einen Trost! Die von der Reichsregierung zur Untersuchung der Verhältnisse eingesetzte Kommission untersucht unentwegt weiter. Es wird gemeldet: "Die Kommission zur Untersuchung der Zustände im Vieh- und Fleischhandel ist unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Sitzung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht die weitere Anhörung der Sachverständigen. Während es sich bei den bisherigen Verhandlungen um Sachverständige der Berliner Vorortungsgebiete handelte, erschienen zur Verhandlung an 40 Sachverständige aus Süddeutschland, um über die Umstände, die für den Preis des Fleisches maßgebend sind, unter besonderer Berücksichtigung der jüdischen Eigentümlichkeiten, die Kommission zu informieren. Den Verhandlungen liegt derselbe Fragebogen zugrunde, der den früheren Erörterungen als Grundlage diente.

Wie bekannt ist, steht bei dem Fragebogen im Vordergrund die Frage nach der Preisbildung des Viehes und Fleisches auf dem Wege vom Produzenten zum Verbraucher. Entsprechend diesem Wege faßt der Fragebogen zunächst den Preis für das Vieh im Stalle im Auge und beschäftigt sich dann mit dem Preis auf dem Viehhof und mit den dort erforderlichen Gebühren. Schließlich mit den Momenten, die den Preis für das einzelne Stück Fleisch im Laden des Schlachters bestimmen. Daran schließen sich die Fragen über das Nachrichtenwesen der Statistik. Dementsprechend wurde zunächst über die Lage und den Einfluß des Viehhandels gesprochen.

So sieht es wenigstens aus: als geschehe etwas und der gehörigste Staatsbürger kann weiter hungern.

Die Rinder gegen das tolle Proletariat. Gegen die Forderung des Fleischverkaufs durch die Städte haben der Ausschuss des deutschen Handels- und Gewerbevereins am Sonntag den 10. d. d. eine Reihe anderer Organisationen des Handwerks Stellung genommen. Der Ausschuss des Handwerks und Gewerbevereins erklärt in der Ueberrahme des Ein- und Verkaufs von Vieh und Fleisch in eigene Regie der Städte, keine wirksame Hilfe gegen die beschriebene Fleischteuerung. Er steht vielmehr in diesen Maßnahmen, ebenso wie in der geplanten Einführung von mehrjährigen Lieferungsverträgen, den Anfang des Anschlusses der Selbstständigkeit des Fleischerhandels, die im Interesse der Volkswohl-

fahrt unbedingt aufrechterhalten werden müsse. Er erwartet daher baldigste Einstellung der getroffenen und unbedingte Unterlassung der geplanten Einrichtungen. — Nehlisch war die Stellungnahme der mitteldeutschen und Thüringer Handwerksvereine, die in ihrer Vollversammlung Vernehmung einleiten gegen die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Herabsetzung der Fleischpreise. Diese seien nicht geeignet, den beabsichtigten Zweck zu erfüllen, und bedenklich, indem sie die Fleischversorgung für die Bevölkerung der großen Gemeinden übertragen, eine schwere Schädigung des Fleischerhandwerks. Als ein schwerer Verstoß gegen die Gewerbefreiheit wurde es bezeichnet, wenn man die getroffenen Maßnahmen zur bauernden Einrichtung machen und noch weitere Beschränkungen des Fleischerhandwerks, wie Schweinemästereien der Kommunen, langfristige Lieferungsverträge von Schlachtvieh zwischen landwirtschaftlichen Viehwertern, Genossenschaften und Stadtverwaltungen und andere künstliche Beeinflussung der Vieh- und Fleischpreise durch Gesetze einführen wollte. Auch die Gewerbetreibenden Sachsen bezeichneten die Maßnahmen der Regierung als eine schwere Schädigung des Fleischerhandwerks. Um aber die nachteiligen Wirkungen der herrschenden Fleischteuerung zu bekämpfen, wurde beschlossen, beim Reichstag und der sächsischen Landesregierung zu beantragen, daß die den Gemeinden zugebilligten Frachtvergünstigungen und Rollenleichterungen auch dem Fleischerhandwerk in gleicher Weise gewährt würden.

Damit den Fleischern, die im Schutze der agrarischen Vieh- und Fleischpreise die Konsumenten durch Monopolspreise geschädigt haben, der Profit nicht entgeht, sollen die Proletarier auf Fleischgenuss verzichten. Es sind Gemütsmenschen, die Herren Schlachtermeister.

Arbeitslosenversicherung. Im Gemeindekollegium Würzburg stellen die sozialdemokratischen Mitglieder den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, sich zur Frage der Arbeitslosenversicherung zu äußern und ev. nach dem Muster verschiedener anderer Städte in den nächsten Monat eine bestimmte Summe zur Durchführung dieser Maßnahme einzusetzen. Der Antrag wurde nach einiger Debatte angenommen.

Freiwillige Arbeiterfreundschaft. In Koblenz werden die städtischen Arbeiter überaus schlecht behandelt. Beträgt doch der Grundlohn für ungelernete Arbeiter 3,20 M pro Tag, der nach 15 Jahren auf 3,70 M steigt. Alle drei Jahre gibt's 10 S pro Tag mehr. Vor kurzem beantragte die städtische Arbeiterschaft, den Grundlohn um 50 S pro Tag zu erhöhen. Sie führte zur Begründung den großen Mangel an, die außerordentlich hohen Mieten an, die in Koblenz für erbärmliche Löhne gezahlt werden müssen. Der Magistrat, in dem mehrere Freisinnsmänner sitzen, lehnte die Forderung glatt ab, und dieser Tage hatte sich die "liberale" Stadtverordnetenversammlung mit ihr zu beschäftigen. Der Referent beantragte, die Petition der städtischen Arbeiter als durch die Antwort des Magistrats für erledigt zu erklären. Er zählte auf, was die Verwaltung alles für die Arbeiter "geleistet" hätte und meinte, es sei nicht anzüglich, jetzt, nachdem noch nicht ein Vierteljahr seit der "Neuregelung" verlossen sei, in eine erneute Prüfung der Angelegenheit einzutreten. Diese "Neuregelung" bestand darin, daß der größte Teil der Arbeiter nicht einen Pfennig Lohnzulage erhielt und sich deshalb gezwungen sah, wiederzukommen. Auch der Magistratsvertreter sprach davon, daß man allmonatlich die städtischen Körperchaften mit "berartigen Petitionen" überhäufte. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß gerade in diesen Tagen die Unternehmer im Baubetriebe und in der Privatindustrie am Orte sich veranlaßt gesehen hätten, erhebliche Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen. Die Löhne der städtischen Arbeiter ständen am niedrigsten. Da bei solle die Kommune den Privatbetrieben vorangehen. Die städtischen Arbeiter hätten nicht einmal einigermaßen menschlische Wohnungen; sie müßten in Wohnräumen zusammen mit Schlafburschen hausen, wo die Sittlichkeit zum Teufel gehe.

Die "liberale" Mehrheit ist so arbeiterfeindlich, daß sie auf die Eingabe der städtischen Arbeiter sowie auf die Ausführungen von sozialdemokratischer Seite nicht das geringste gab. Für den Antrag, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, stimmten nur zwei bürgerliche Stadtverordnete. Selbst die radikalen Waldedeaner gingen über die Not der städtischen Arbeiter zur Tagesordnung über. Die Arbeiter müssen also weiter hungern, dank der vielgerühmten "sozialen Fürsorge" des Kommunefreisinn. Einige Augenblicke später wurden auch die Forderungen der Mittelschullehrer abgelehnt. Dann aber traten die "liberalen" Herren für Subventionierung einer Dampfischfahrts-Gesellschaft mit 2000 Mark ein.

Dem Volke muß die Religion erhalten werden — aber der Profit geht vor. Unsere Agrarier trafen bekanntlich den Freimutigkeit; jedenfalls tragen sie eine christliche Masse zur Schau und wollen besonders "dem Volke die Religion erhalten". Freilich, kosten darf die Geschichte nichts. Im Regierungsbezirk Gumbinnen besteht die Bestimmung, daß die Agrarier sich verpflichten müssen, die Hüttenabgaben mindestens zweimal im Monat an dem öffentlichen Gottesdienst teilzunehmen zu lassen. Der Landwirtschaftliche Zentralverein zu Insterburg hatte beantragt, diese Bestimmung aufzuheben. Die Regierung hat das aber abgelehnt. Sie antwortet den Agrariern, es unterliege Bedenken, die Bestimmung aufzuheben, weil dies in kirchlich geordneten Kreisen Anstoß erregen würde! Kirchlich geordnete Kreise hatten ja aber gerade gefordert, den Hüttenabgaben zwei Sonntage im Monat zum Besuch des Gottesdienstes nicht freizugeben. Oder rechnen die Regierung die Junker nicht mehr zu den kirchlich geordneten Kreisen? Bezeichnend ist hier die Begründung der Regierung. Nicht, weil die Junker den

Sonntag notwendig zur Erholung brauchen, nicht, weil hier ein dringendes Ruhebedürfnis vorliegt, wird den Hüttenabgaben die winzige Sonntagsruhe gewährt, sondern weil die Befestigung der Bestimmung — „Anstoß in kirchlichen Kreisen erregen würde“.

Dann hatte der landwirtschaftliche Zentralverein gefordert, die Hüttenabgaben in der Zeit von 10 bis 1 Uhr mittags, also wenn sie sich bereits müde gearbeitet haben, an dem Schulkunterricht teilnehmen zu lassen. Auch das hat die Regierung abgelehnt. Sie antwortet den Junkern, der Unterricht würde bereits um 11 bzw. 12 Uhr geschlossen, und es sei von den Lehrern nicht zu verlangen, daß sie, nachdem sie vier oder fünf Stunden gegeben, noch in einer oder zwei Stunden den Hüttenabgaben besonderen Unterricht erteilen. Außerdem würde ein Unterricht von 10 bis 1 Uhr für die Hüttenabgaben nur wenig Gewinn und geringe geistige Förderung bringen, da sie nach mehrstündiger Arbeitszeit müde und abgespant seien!

Man sieht, die Junker sind nicht nur echt christlich, sondern auch echt menschenfreundlich. Erstaunlich ist nur, daß die Regierung ihnen nicht auch diesmal den Willen getan hat.

Hausung in Gewerkschaftsbureaus. Das Gauvorstands- und das Zahlstellenbureau des Fabrikarbeiterverbandes wurde am Sonnabend auf Beschluß des Marienberger Amtsgerichts von einer Hausung betroffen. Zwei Kriminalbeamte erschienen unter Aufsicht eines Schreibmaschinenfräuleins, gingen in das Bureau der Zahlstelle, und drei Kriminalbeamte in das Bureau des Gauvorstandes. Und das Aufgebot dieser Polizeimacht erfolgte, um nach dem Manuskript eines Zirkulars zu suchen, das an in der Marienberger Gegend beschäftigte Fabrikarbeiter gesandt worden war. Durch dieses Zirkular sollte sich der Papierfabrikant Pilz in Niederschmiedeberg beseitigen.

Es ist anlässlich dieses Eingreifens von Gericht und Polizei zugunsten eines Papierfabrikanten vielleicht nicht uninteressant, zu wissen, daß der Papierfabrikant Pilz auf eine Anzeige der Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes hin Ende des vorigen Jahres zu 20 M Geldstrafe verurteilt wurde, weil er längere Zeit hindurch Kinder in seiner Holzschleiferei beschäftigt hatte. Außerdem mußte er Anfang dieses Jahres 5 M Geldstrafe zahlen, weil er im vorigen Jahre entgegen den gesetzlichen Bestimmungen einen jugendlichen Arbeiter täglich über zehn Stunden beschäftigte. Die Vergehen des Unternehmers wurden also sehr milde beurteilt.

Um so schneidiger geht nun aber die Behörde in Marienberg gegen eine Arbeiterorganisation vor, die im Verdacht steht, der Ehre eines Unternehmers zu nahe getreten zu sein. Da entwickelt sie einen kolossalen Eifer und läßt gleich fünf bis sechs Personen anrücken, um die Säbne für solche Missetat zu ermöglichen. Ja, in Sachen... Da ist die „objektive Behörde“ am allerobjektivsten!

Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend. Die Bestrebungen der Erfurter politischen Polizei, durch eine schärfere Auslegung des Vereinsgesetzes der organisierten Arbeitererschaft allerlei kleinliche Hindernisse in den Weg zu legen, sind bekannt, doch neuerdings widmet sie auch der proletarischen Jugend besondere Aufmerksamkeit. Die Sorge der Polizei, daß Arbeiterkinder mit der bösen Politik in Berührung kommen könnten, scheint recht groß zu sein; denn als kürzlich einige Genossen eine Versammlung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen abhielten, in der die mißlichen Verhältnisse besprochen wurden, unter denen die Jugendlichen in der Industrie zu leiden haben, erschien ein Kriminalschuchmann und machte die übliche Feststellung, daß politische Angelegenheiten erörtert worden seien. Der Leiter der Versammlung erhielt darum einen amtlichen Strafbescheid von 20 M.

Auch macht in letzter Zeit die Erfurter Polizei recht auffällig über die noch schulpflichtigen Arbeiterkinder. Volkslieder, die aus jugendlicher Kehle tönen, sind ihr sehr verhaßt. Der Dirigent des Erfurter Arbeiterchors, Genosse Steiniger, hatte sich die ideale Aufgabe gestellt, eine Anzahl Arbeiterkinder in die Werke großer Komponisten einzuführen, ihnen den Lebenslauf berühmter Tonkünstler zu schildern, ferner Noten lesen zu lernen und durch das Singen schöner Volkslieder die jugendlichen Stimmen zu schulen. Doch wir Menschen denken und die Erfurter Polizei lenkt; denn kürzlich erschienen zwei Kriminalbeamte im Unterrichtsraum und untersagten dem Genossen Steiniger die Fortsetzung seiner Tätigkeit. Zur Begründung wurde dem Dirigenten gesagt, daß man Zweifel in seine Befähigung und sonstige Qualifikation als Gesangslehrer setze. Als sich Genosse Steiniger eine solche Bevormundung verbat, wurde ihm von einem Beamten seine sofortige Sistierung in Aussicht gestellt, wenn er sich den polizeilichen Anordnungen nicht füge. Einige Tage später erhielt er das Verbot auf Grund der bekannten alten und vermoderten Kabinettsorder von Anno Tobad, die ja neuerdings durch eine Entscheidung des Reichsgerichts wieder aufgefrißt wurde, schriftlich zu gestellt. Da Genosse Steiniger seine Vorbildung als Gesangslehrer auf einem Konsistorium erhalten und am Hoftheater in Weimar bei der Ausbildung der Kinderchöre eine leitende Stellung eingenommen hat, so ist er bereit, nach jeder Richtung den Befähigungsnachweis sowie auch den Nachweis über seinen einwandfreien Lebenswandel zu erbringen. Doch vorläufig hat die Erfurter politische Polizei durch ihr Vorgehen den Staat wieder einmal „gerettet“.

Berichte.

Dresden. Die am 5. April tagende Branchenversammlung der Sektoren der Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossen A. Grabner über Frauenarbeit und Organisation; 2. Sektionsangelegenheiten. In treffender Weise verstand es die Referentin, die Entlohnung der Frauenarbeit zu schildern und die dadurch für die Kameraderie entstandenen Schäden zu beleuchten. Rednerin gibt an der Hand von Beweisen eine genaue Uebersicht, wie durch das

Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland!

Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Wolland, Bremen, Faulenstraße 58/60, Postfachamt Hamburg 11, Postfachkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen, doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Geringe Löhne und Arbeitslosigkeit.

Die Arbeiter der Tabakindustrie sind unter den deutschen Arbeitern die rechten Parias. Während in den meisten übrigen Berufen in den letzten Jahren Lohnsteigerungen zu verzeichnen sind, die immerhin als beachtenswert bezeichnet werden können, will es bei uns nicht vorwärts gehen. Und dabei sind die Löhne in den meisten anderen Berufen ohnehin höher als bei uns. Im Jahre 1909 betrug der Durchschnittslohn in der Tabakindustrie nach der Statistik der Tabakberufsgenossenschaft 618 M., um dann im folgenden Jahre wieder auf 618 M. zu sinken. Das Jahr 1911 brachte eine mäßige Erhöhung, und zwar auf 630 M. Wir sind neugierig, was das Jahr 1912 gebracht hat. Bedenkt man, daß in den letzten fünf Jahren die Kosten der Lebenshaltung um mindestens 20 Prozent gestiegen sind, so kann man sich einen Begriff davon machen, wie die Tabakarbeiter Not leiden und wie es mit ihrer wirtschaftlichen Lage bergab geht, trotz der geringen Lohnsteigerung.

Wir büden nicht mit Unrecht der ewigen Steuerlegemacherei, insbesondere dem letzten Wertsteuergesetz, einen Teil der Schuld an der unglücklichen Lage der Tabakarbeiter auf, denn doch müssen wir sagen, daß die Besteuerung eines Gewerbes nicht unter allen Umständen eine dauernde Verschlechterung der Lage der darin beschäftigten Arbeiter mit sich bringen muß. Damit wollen wir der Besteuerung des Tabaks natürlich keineswegs das Wort reden. Aber wir möchten beipielweise auf die Arbeiter in der Brauindustrie hinweisen. Bekanntlich ist die Brauindustrie ebenfalls durch eine weitere Steuer belastet worden, wie denn ihre Gesamtbelastung durch Reich, Staat und — teilweise — durch Gemeinden nicht gering ist. Trotzdem aber bewegen sich die Löhne in der Brauindustrie in ständig steigender Tendenz, ja, man darf wohl sagen, daß die Arbeiter der Brauindustrie in den letzten Jahren ganz bedeutende Verbesserungen in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen errungen haben. Wir wollen nicht verkennen, daß im Brauergewerbe mit anderen Verhältnissen als im Tabakgewerbe zu rechnen ist, aber es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Braukapitalisten, soweit wir die Dinge verfolgen konnten, kaum versucht haben, die erhöhten Abgaben auf ihre Arbeiter abzuwälzen; sie haben eben die Sache anders aufgefaßt und haben den Konsumenten mit größtem Erfolg die Lasten aufgebürdet. Wir haben schon mehrfach betont, daß sich die Organisation der Tabakindustriellen wesentlich darauf beschränkt, die Arbeiter in ihrem berechtigten Verlangen nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zurückzubringen; was sonst noch in Frage kommen könnte, ist nicht weit her. Ging doch selbst bei der Bekämpfung der Wertsteuer ihre Einigkeit letzten Endes in die Brüche. Von einem ernstlichen Versuch, die Folgen der Wertsteuer und sonstige Unannehmlichkeiten durch Organisation von dem Gewerbe, einschließlich der Tabakarbeiter, fernzuhalten, war keine Rede.

Wir möchten nun nicht in allen Einzelheiten darstellen, wie die Tabakarbeiter durch die Steuerbelastung leiden und warum die Fabrikanten immer wieder zu erneuter Belastung gerade der Tabakarbeiter kommen; bei manchen Gelegenheiten haben wir nach dieser Richtung unsere Meinung gesagt und werden es selbstverständlich auch fernher müssen. Heute wollen wir eine ganz bestimmte, sich immer stärker herordringende Erscheinung besprechen.

In der Tabakindustrie, vor allem in der Zigarrenindustrie hat man vor Eintritt der Wertsteuer hin und wieder zwar mit Zeiten klauen Geschäftsganges zu rechnen gehabt, so z. B. regelmäßig im Frühjahr, bei allgemeinen Krisen auch zu anderen Zeiten, aber es läßt sich nachweisen, daß die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie, auch in der Zigarrenbranche, eine im Verhältnis zu anderen Gewerben recht unbedeutende war. Seit der Wertsteuer ist besonders im Zigarrengewerbe die Arbeitslosigkeit ständig im Steigen begriffen, und wenn auch die Arbeitslosenquote, die sich unter der ersten Wirkung der Steuer zeigte, noch nicht wieder erreicht worden ist, so will das insofern nichts besagen, als die dann folgenden günstigeren Ziffern des Jahres 1911 längst wieder niedergedrückt worden sind, so daß die Arbeitslosigkeit beispielsweise des letzten Vierteljahres wieder als ganz ungeheuer zu bezeichnen ist. Fest steht, daß die Arbeitslosigkeit jenen niedrigen Grad, wie er in den Jahrzehnten vor der Wertsteuer war, noch nicht wieder erreicht hat und auch so bald nicht wieder erreicht wird. Zu berücksichtigen ist dabei, daß nach der Wertsteuer viele Personen aus dem Berufe abgewandert sind, die also nicht mehr als arbeitslose Tabakarbeiter gezählt werden.

Wir haben eben von denen gesprochen, die überhaupt keine Arbeit haben, die auch nur in der Arbeitslosenstatistik gezählt werden. Aber die Tabakarbeiter wissen, daß auch zur Zeit noch ein sehr großer Teil ihrer Kollegen und Kolleginnen des Zigarrengewerbes unter Arbeitsmangel leiden, ohne entlassen, ohne eigentlich arbeitslos zu sein. Abgesehen vielleicht von der Zeit gleich nach Eintritt der Wertsteuer, ist nie so viel mit beschränkter Arbeitszeit oder mit Pensum gearbeitet, als nie soviel ausgesetzt worden, als gegenwärtig. Und auch davon ist natürlich das

Ende noch nicht abzusehen. Unsere Fabrikanten wollen sich mit der beschränkten Arbeitszeit, mit Pensumarbeiten und mit Aussetzen die Arbeitskräfte disponibel halten. Die Kosten dafür bezahlen die Tabakarbeiter!

Es kann also gar nicht bestritten werden, daß die Tabakarbeiter gegenwärtig und künftig mehr denn je öfterem und längerem Arbeitsmangel ausgesetzt sind. War der Verdienst der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen bisher auch gering, so konnten sie sich damit trösten, daß sie wenigstens öfteren und längeren Arbeitsmangel nicht zu erleiden brauchten, daß ihr Verdienst regelmäßig war. Nicht mit Unrecht sagten auch die Tabakarbeiter, daß die Stunden- und Wochenlöhne in jenen Berufen, die mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen hätten, höher sein müssen, als sie es bei den Tabakarbeitern seien. Und nun? Allmählich entwickeln sich die Verhältnisse in der Tabakindustrie derartig, daß die Arbeiter mehr als je, und voraussichtlich dauernd, mit Arbeitsmangel rechnen müssen, entweder arbeitslos sind oder nur beschränkt arbeiten können. Die Dinge in der Zigarrenindustrie liegen zur Zeit so, daß vielleicht 10—15 000 Arbeiter zu viel sind, die aber zum Teil durch die Fabrikanten gehalten werden, indem die zu leistende Arbeit entsprechend verteilt wird. Diese Arbeitskräfte werden nicht etwa aus Humanität gehalten, sondern um jederzeit zur Verfügung zu sein. Und dann kann man unter solchem Überangebot von Arbeitskräften natürlich auch die Löhne niedrig halten und eventuell Forderungen abwehren.

Erkennen denn die Tabakarbeiter, was sie gegenüber solchen Zuständen zu tun haben? Und ob. Sie wissen schon den Weg zu finden, aus einer solchen Situation herauszukommen. Sigt ihnen doch ohnehin das Messer an der Kehle. Oder glaubt jemand, bei den ohnehin geringen Löhnen könnten die Tabakarbeiter in ihrer Gesamtheit auch noch fortwährende Arbeitslosigkeit, Beschränkung der Arbeitszeit, Pensumarbeit und Aussetzen auf sich nehmen? Da kann es gar nichts anderes geben, als dieser Verschlechterung mit einer stärkeren gewerkschaftlichen Tätigkeit, mit der überall erhobenen Forderung nach höheren Löhnen zu begegnen. Oder sollen die Tabakarbeiter mit ihren schlechten Lohnverhältnissen auch noch alljährlich einige Wochen Verdienst einbüßen? Läßt sich der Zustand nicht beseitigen, so müssen auch die Tabakarbeiter danach streben, wie es in anderen Berufen auch geschieht, den Arbeitsmangel durch Lohnherhöhungen wett zu machen.

Wir meinen, daß die Tabakarbeiter, soweit sie organisiert sind, alle Hände voll zu tun haben, die oben geschilderten und noch andere Erscheinungen des Berufs zu besprechen und bald, recht bald, für Abhilfe zu sorgen.

Der Ausschussbericht des christlichen Gesamtverbandes.

In Nr. 6 des christlichen Zentralblattes vom 17. März 1913 ist der Bericht des Ausschusses vom christlichen Gesamtverbande für 1912 veröffentlicht. Nach dem, was im Jahre 1912 in den christlichen Organisationen vorgegangen ist, und was von außen her sie berührt hat, hätten wir eigentlich ein lebhaftes und deutliches Sprachvermögen erwarten müssen; doch in dem sichtlich Bestreben, nach christlicher Manier alles mit glatten Redensarten zu erledigen, so weit es eigene Angelegenheiten sind, ist auch hier nur ein Plätschern von Worten zu vernehmen, es sei denn, daß man die Vorgänge und ihre Wirkungen kennt und so zwischen den Zeilen zu lesen in der Lage ist.

Gleich im ersten Satz heißt es, daß die Reichstagswahl und der Gewerkschaftsstreit zwischen der Berliner und der Kölner Richtung viel Arbeit beanspruchten, daß „vorübergehend auch die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften lähmend beeinflusst“ wurde. Neben der Arbeit wird es gewiß manches Kopfweh gewesen sein, das die christlichen Gewerkschaftsführer lähmte; es ist auch begreiflich, denn wenn man mit Hochdruck in Arbeiterzersetzung erbeitet und muß dann erleben, daß alles nichts nützt, daß das Heer der politisch und gewerkschaftlich unabhängigen Arbeiter immer größer wird, so ist eine „Lähmung“ ganz natürlich.

Die Hauptstütze der christlichen Gesamtorganisation ist der christliche Bergarbeiterverband, und wenn deshalb in dem Bericht auf die Bergarbeiterbewegung des Jahres 1912 ausgedehnt Bezug genommen wird, so verwundert uns das nicht weiter, zumal sich zu Beginn des Jahres die bekannten Vorgänge im Ruhrgebiet zeigten, die für die christlichen Organisationen zu einer ins Praktische übersehten Schwelung in gelber Richtung wurden. Die Rede Giesberts und der „christliche“ Ruf nach Polizei und Militär ist ja noch lange nicht vergessen. Und nachher sind weitere christliche Vorkommnisse in La. Ruhrgebiet bekannt geworden. Neuerdings erst haben die christlichen Führer bei der Aussperrung der Färber in Krefeld nicht nur die Freiorganisierten, sondern ihre eigenen Leute im Stich gelassen. Und dann die Farce, die die Führer des „christlichen“ Bergarbeiterverbandes in Saarrevier aufführten! Na, wie glauben schon, daß die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften lähmend beeinflusst worden ist, ob das freilich nur „vorübergehend“ der Fall war, scheint uns mehr als zweifelhaft.

Es macht sich ja recht nett, wenn der Bericht mit Bezug auf die Bewegung im Ruhrgebiet sagt: „Aber auch im Ruhrgebiet muß auf die Dauer der Gewerkschaftskampf in gewerkschaftlichen Formen geführt werden; denn Gewerkschaft heißt schließlich Organisation, d. h. Disziplinierung, Erziehung der Massen und a. o. d. n. e. n.“

Wahrnehmung ihrer Interessen. Und diejenige Gewerkschaft würde moralischen Selbstmord begehen, die sich dauernd auf dem Vulkan ungezügelter Masseninstinkte bewegen würde. Nur auf der beschriebenen Grundlage ist auf die Dauer eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vertretern der Großindustrie möglich.“ Wie weit eine Auseinandersetzung mit der Großindustrie möglich ist, wollen wir für den Augenblick dahingestellt sein lassen, aber wie steht es denn mit der Disziplinierung, die wir unbedingt anerkennen, bei den christlichen Organisationen? Und wo die christlichen Massen diszipliniert sind, da gehen ihre Führer auf gelbe Abwege. Ein nicht gerade schönes Beispiel davon ist gerade das Verhalten der christlichen Bergarbeiterorganisationen bei den Bewegungen im Ruhr- und Saarrevier. Es ist denn auch nur Theaterdonner, wenn weiter in bezug auf die Verteidigung des Reaktionsrechts gesagt wird: „Dazu gibt es aber vorderhand nur einen einzigen Weg: eine starke, aber auch wirklich disziplinierte Gewerkschaftsbewegung, die das Unternehmertum zur rechten Zeit an der verwundbaren Stelle angreift und so allmählich auch die Allgemeinheit veranlaßt, den Mächtigen in der Montanindustrie Karzumanen, daß sie auf die Dauer nicht gewillt ist, in unserer Zeit sozialen Denkens und Fühlens Auswüchse eines durchaus willkürlich und einseitig interpretierten Feudalismus hinwuchern zu lassen.“ Das klingt ganz schön, aber es war sehr vorsichtig, die Worte „zur rechten Zeit“ einzuflechten. Die „rechte Zeit“ der Christlichen wird wohl nicht eintreten.

Auch das bekannte Vertragsverhältnis zwischen christlichen und hirsch-dunckerischen Gewerkschaften wird erwähnt, und spielen sich die Christlichen als die Gebenden auf. Das Bündnis der Christlichen und Hirsche hatte natürlich seine Spitze in letzter Linie gegen die freien Gewerkschaften. Uns ist ein solcher Zweckverband freilich durchaus ungeschmacklich, und daß er wieder in die Brüche gegangen ist, beweist eben, daß gegen uns kein Kraut gewachsen ist. Ueber allzuviel christliche Duldsamkeit haben sich die Hirsche auch gerade nicht beklagt.

Was den Gewerkschaftsstreit im christlichen Lager angeht, so wird natürlich an der Berliner Richtung kein gutes Haar gelassen. Den frommen Berlinern wird der Vorwurf gemacht, daß sie mit den jahrelangen und vielfältigen Aktionen praktisch lediglich nur erzielt haben, daß die künstliche Autorität im katholischen Lager den schmerzlichen Erschütterungen ausgesetzt wurde.“ Wie sich mit diesem Vorwurf Fürstbischoff Kopp und andere geistliche Würdenträger der katholischen Kirche abfinden, geht uns nichts an. Uebrigens drängt sich uns aus den Worten des Berichtes ein Vergleich auf. Wir sind nämlich der Meinung, daß die jahrelangen und eintägigen Aktionen der christlichen Organisationen praktisch lediglich nur erzielt haben, daß die gewerkschaftliche Bewegung, daß die Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zurückgehalten worden ist. Die Forderung der Einheit im christlichen Lager durch die Berliner Richtung ist genau so zu bewerten, wie die Forderung der Einheit aller zu gewerkschaftlichem Kampfe bereiten Arbeiter durch die christlichen Organisationen.

Jetzt aber ist der Bann gebrochen. Nunmehr können sich die Kräfte auf der ganzen Linie wieder konzentrieren. Jetzt muß es wieder vorwärts gehen!“ so heißt es weiter, nachdem das delikate Kapitel über den Gewerkschaftsstreit beendet ist. Wenn es vorwärts gehen soll, muß zuvor Stillstand oder Rückgang gewesen sein. Wir begnügen uns damit, dieses einfach zu konstatieren. Wenn der Berichterstatter den Bann jetzt für gebrochen hält, so wollen wir ihm den Optimismus von Herzen gönnen; wir sind der Meinung, daß die Kirche über kurz oder lang wieder offiziell zugunsten Berlins eingreifen wird, es sei denn, die Kölner Richtung entwickelt sich immer mehr nach Berliner Muster. Auf dem Wege dazu ist sie ja seit längerer Zeit.

Ein besonderes Augenmerk wünscht der Bericht auf die Jugend gerichtet. Eine Korrespondenz: „Die Jugend“, ist zur Förderung der christlichen Jugendarbeit neuerdings herausgegeben; sie soll die Funktionäre und Jugendkommissionsmitglieder in ihrer Tätigkeit für die Jugend unterstützen.

Recht oft haben die christlichen Gewerkschaften und ihre Blätter den Mund aufgerissen gegen die „politischen“ freien Gewerkschaften; aber es scheint auch den christlichen Organisationen aufzudämmern, daß man als Gewerkschaftler an der Politik doch nicht so ganz vorbeigehen kann. Es ist ja auch bemerkenswert, daß die christlichen Gewerkschaften in Form und Einrichtungen dieselbe Entwicklung zeigen, auch künftig zeigen werden, wie unsere Organisationen sie zeigen oder wie wir sie in der Gesamtheit unserer Organisationen gewahren. In der Praxis haben die christlichen Gewerkschaften freilich seit ihrem Bestehen den Beweis geliefert, daß sie gar nicht daran denken, die Politik zu negieren. Das geht natürlich auch gar nicht; denn es sind der gewerkschaftlichen Fragen, die in das staatliche Leben eingreifen, so viele, daß man zur Stellungnahme unbedingt gedrängt wird. Damit braucht in den Gewerkschaften noch lange keine Parteipolitik getrieben zu werden. Der Berichterstatter des Ausschusses des christlichen Gesamtverbandes schreibt z. B.: „Vielleicht ebenso bemerkenswert war der Versuch, auf dem Dresdener Kongress vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus zu den Strömungen in der Volkswirtschaftslehre und in der politischen Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme wird in der Folge von dem beschriebenen Tagungsordnung veranschaulicht werden, weil die Gewerkschaften nicht nur in gewerkschaftlichen Kreisen, sondern auch in einzelnen Kreisen ihrer erklärten Freunde

einer gewissen Umwertung unterliegen. Welcher Art die politische Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften ist, geht uns nichts an, wie auch wir uns Vorschriften nicht machen lassen. Wo allerdings ihr Verhalten die Arbeiterinteressen schädigt, können wir natürlich mit der Kritik nicht zurückhalten.

Auch auf dem Gebiete des Krankentassenwesens haben es die Christlichen glücklich zu einer Zerspaltung gebracht. Wir haben seinerzeit über die mit nationaler Phrasen erfolgten Gründung eines Krankentassenverbandes berichtet. Im Anschluß an die Feststellung dieser Tatsache hat der christliche Jahresbericht des lapidaltischen Soldatenschrifters Professor Bernhardt heraus. Es wird geschrieben: „Wie sehr mit der sozialdemokratischen maßlosen Kritik der Versicherungsbedingungen dem Agitationsinteresse zuliebe über das Ziel hinausgeschossen worden ist und wobei gerade in den letzten Tagen die beispielsweise vom „Correspondenzblatt der Generalkommission“ der freien Gewerkschaften mit bemerkenswerter Schärfe geführte Abwehr der Angriffe des Professors Bernhardt auf unsere staatsliche Sozialpolitik.“ Allerhand Achtung, wenn die christlichen Gewerkschaften es für ihre Pflicht halten, die Angriffe des Professors Bernhardt auf die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter hinsichtlich der Sozialpolitik zu verteidigen, noch sogar gegen ein gewerkschaftliches Organ, das sich stets hervorragend die Förderung der Sozialpolitik angelegen sein ließ. Aber na, die Haltung der christlichen Vertreter im Reichstage bei Beratung der Reichsversicherungsordnung mag wohl solche Stellungnahme rechtfertigen.

Im großen und ganzen drückt sich in dem Bericht eine nicht gerade hoffnungsvolle Stimmung aus. Die Ergebnisse der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912 geben freilich auch keine Veranlassung dazu. Das Prestige der Gewerkschaftsbewegung, und damit der Erfolg hinsichtlich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wird von den freien Gewerkschaften bestritten.

Der Terrorismus im Lichte der sozialistischen Korinthe.

Der bekannte Soziologe Dr. Hugo Singheim hat auf Einladung des Frankfurter Gewerkschaftsrates einen Vortrag über „Terrorismus“ gehalten, der weit über Frankfurts Mauern hinaus berechtigtes Aufsehen hervorgerufen dürfte.

Die letzte Zeit, so führte Dr. Singheim aus, war wiederum erfüllt von Vorkäufen gegen die freie Gewerkschaftsbewegung, daß ihr Terrorismus unerträglich geworden sei. Daß diese Vorkäufe von konservativer Seite immer wieder erhoben werden, ist selbstverständlich, denn es liegt im Wesen der konservativen Denkart, jede selbständige und selbstbewußte Organisation der Arbeiterklasse als eine unzulässige Auslenkung anzusehen.

Daß sich aber neuerdings auch linksliberale Gruppen, die einst den Antiterrorismus, vor allem zur Zeit der Zuchthausvorlage, lebhaft bekämpft haben, zum Teil mit ausgesprochenen Kampfworten zu jenen konservativen Stimmen gesellen, ist eine Erscheinung, der Beachtung geschickt werden muß. Was sie dazu treibt, ist offenbar ein parteipolitisches Bedürfnis. Die Gründung der liberalen Arbeitervereine braucht ein Stichwort, welches sie von den freien Gewerkschaften unterscheidet. Für ein solches Stichwort ist der Vorwurf des Terrors willkommen, der auch in allen Wahlschlachten ein bequemes Mittel bildet, um die „anständigen“ Elemente von der angeblich terroristischen Sozialdemokratie fernzuhalten. Alles deutet darauf hin, daß die Liberalen beim nächsten Reichstagswahlkampf mit diesem Stichwort kämpfen wollen. Neue Theorie ist das „Recht auf die freie Selbstbestimmung des Einzelnen“, der „Schutz der Persönlichkeit“ gegen den Organisationszwang. Es kommt aber darauf an, wo das Recht auf freie Selbstbestimmung besser gewahrt ist und wie es im sozialen Leben überhaupt gemonnen werden kann. Da zeigt sich, daß es keinen anderen Weg gibt, Arbeiterrechte zu gewinnen, als durch die Organisationskraft, die zugleich das Persönlichkeitsbewußtsein des Arbeiters hebt und pflegt.

Die Antiterroristenbewegung aber ist ungerecht, weil sie der Arbeiterseite allein vorwirft, was eine allgemeine Erscheinung des heutigen Wirtschafts- und Soziallebens ist, ein Produkt der heutigen Wirtschaft- und Rechtsordnung, an dem alle Kreise teilzunehmen, die an Organisationen interessiert sind. Es ist von den Wissenschaften gewissenlos, auf Grund dieser Tatsache den angeblichen Arbeiterterrorismus einseitig anzuerkennen.

Um diesen Satz zu belegen, führte der Vortragende in erster Linie den Organisationszwang bei den Unternehmerfamilien, die Material, Kredit und Absatzverträge an, wozu sich noch die Berufsvereine, manchmal sogar die Sperrung der Zu- und Abfuhrwege gesellt. Es müßte konstatiert werden, daß gerade diejenigen Kreise, in denen der Hauptteil des Antiterrorismus ist, am schwersten belastet seien, wenn überhaupt von Vorkäufen in dieser Richtung gesprochen werden könne.

Gerade für diese Methoden sei in der letzten Zeit ausgezeichnetes Material geliefert worden in dem Buche von Rejzner: „Der Organisationszwang“ eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Parteilosen und Parteifreien (Berlin 1912). Das Buch dürfte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen, und es müßte von allen, die leitende Stellungen in Gewerkschaftskreisen einnehmen, gelesen werden. Wo in der Öffentlichkeit wird in diesen Fällen von einer „Unberücksichtigung“ des Terrors gesprochen, den man den Arbeiterkreisen vorwirft, wenn sie sich etwas weigern, mit unorganisierten Arbeitern zusammenzuarbeiten? Warum trennt man die Formen des wirtschaftlichen Kampfes in der Arbeiterbewegung und bekämpft ihren Inhalt, ohne zugleich festzustellen, daß auf der anderen Seite mit Waffen gekämpft wird, die in vielen Fällen tatsächlich Terror sind?

Der Redner zeigte sodann, daß die Ungerechtigkeiten der einseitigen politischen Bekämpfung der Arbeiterbewegung auf Grund ihrer Organisationskämpfe um so freier seien, als die Voraussetzungen des Kampfes auf Unternehmenseite rechtlich ganz andere seien, als auf Arbeiterseite. Zunächst seien die Kämpfe der Arbeiterorganisationen an Widerstände rechtlicher und sozialer Art gebunden, die jene Unternehmerrämpfe nicht kennen. Rechtlich seien es die laufenden Schlichtungen der Gewerkschaften durch die Verwaltungsorgane, die immer wieder versucht, sie unter das politische Vereinsgesetz zu bringen. Sozial sei es aber das Verhalten der sozialen Gewalten, die ökonomische Abhängigkeit, die dem freien Kampfe der unabhängigen Gewerkschaften Abbruch tun. Dann fehlte es aber bei der rechtlichen Behandlung des Arbeiterkampfes an dem fundamentalen Grundsatze der Gleichheit der Gleichberechtigung aller wirtschaftlichen Kämpfe. All jene Kämpfe auf Unternehmenseite werden straflos geübt; auf Arbeiterseite aber steht der Kampf unter fortwährender strafrechtlicher Kontrolle. Der Redner bebringt dieses auf Grund der einschlägigen Rechtsprechung und Gesetzgebung. Arbeiter, die mit Arbeitsverweigerung drohen, wenn auf ihre Lohnforderungen nicht eingegangen wird, werden wegen Erpressung bestraft. Organisierte Arbeiter, die dem Unternehmer bekannt geben, daß sie die Arbeit niederlegen, wenn unorganisierte Arbeiter weiter beschäftigt werden, verfallen dem § 133 C. D. Das Streikpostensystem ist durch das Reichsgericht für zulässig erklärt. Wenn es aber angeordnet wird, verbietet es der Schlichtung auf Grund der Erpressungsverweigerung. Und welche Strafen werden verhängt, wenn an sich ein Streikposten in wirtschaftlichen Kämpfen hätte geübt werden sollen. Ähnlich liegt allerdings die Kampfmethode gültiger. Hier hat sich das Reichsgericht bemüht, für die Unternehmerrämpfe Formen der Gleichbehandlung zu finden. Das Reichsgericht läßt insbesondere den Nachteil in den wirtschaftlichen Kämpfen zu. Er ist begründet in der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung. Und wenn es vorläufige Sünden auftritt, und wenn ein Druck auf widerstrebende Elemente ausübt, so liegt dieses

im Wesen des erlaubten Kampfes. Doch müßte der Zweck erlaubt, die Mittel anständig sein und dürfe nicht die Wirkung haben, den Gegner zu vernichten.

Gerade die Rechtsprechung des Reichsgerichts über Lehre, mehr als der Begriff des erlaubten Zweckes sei. Der Kampf der Arbeiter um Abschaffung des Lohn- und Logiszwanges sei für erlaubt erklärt worden, der Kampf um Einführung des Gehaltsnachweises aber für unerlaubt erklärt worden. Ebenso sei für unerlaubt erklärt worden der Kampf der Arbeiterklasse um Abschaffung der Heimarbeit.

Das Reichsgericht hat diese Entwertung des Arbeiters aus den beteiligten Betrieben grundsätzlich für zulässig erklärt. Und doch muß gesagt werden, daß diese Ausperrung im Grunde der Ausdruck eines neuen, durch sozialen Zwang geschaffenen Grundgesetzes sei. Die staatliche Gesetzgebung hat die Befreiung des Arbeiterversprechens abgelehnt. Trotzdem können Arbeiter, die etwa vertragsbrüchig geworden sind, mit erheblicher zeitweiliger Ausperrung aus den für sie bestimmten Arbeitsstellen bestraft werden, wobei der Richter zugleich Partei ist, und ohne daß der die Strafgewalt ausübende eine staatliche Ermächtigung zu ihrer Ausübung hat. Hier müßte man fragen: „Wie glaubt der liberale Arbeiter diese Macht zu brechen?“ Er soll Rede stehen, ob er es vermöge, ohne daß der Macht der Unternehmer eine gleich starke Macht der Arbeiterorganisation entgegengestellt werde.

Zum Schluß führte der Redner aus, daß es sich im Streit um den Terror um das Folgende handeln müsse:

Zunächst müßte die logische Getrennung anerkannt werden, daß der Kampf der Organisationsformen, vor allem auch der Organisationszwang, eine Verleitelung der Organisationsbewegung überhaupt sei. Der Einzelne habe seine Macht nicht mehr in sich selbst und durch sich selbst, er könne nur Fortschritte erlangen in und durch die Organisation. Hier stehe man vor einer Tatsache, die jenseits von gut und böse sei.

Es müsse gefordert werden, daß der Organisationskampf auf Arbeiterseite ebenso frei sei, wie der Kampf auf Unternehmenseite.

Wenn so der Kampf ganz frei würde, wenn die Gerechtigkeit über ihm walte, dann brauche man nicht mehr für die Kultur zu fürchten. Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Er allein führt zu höheren Organisationen, in denen sich der wirtschaftliche Kampf mildert, weil die Kräfte sich in freier Selbstentfaltung entwickeln haben, wie sie sich entwickeln müssen. Man brauche nur auf die Tarifverträge hinzusehen, um an einem Beispiele zu sehen, daß der Kampf und die Kampfstellung, die Organisation und der Organisationszwang die wirklichen Triebkräfte zum sozialen Fortschritt bilden.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Die Zigarrenindustrie im Bericht 1911 der Gewerbeinspektion zu Lübeck. Anlagen zur Anfertigung von Zigarren, welche der Gewerbeinspektion unterstellt sind, wurden in Lübeck 1911 11 mit 86 Arbeitern gezählt. Erwachsene männliche Arbeiter waren 57, Arbeiterinnen über 16 Jahre waren 20; von 14 bis 16 Jahren waren 5 männliche und 4 weibliche Arbeiter. Inwiderhandlung gegen die Bestimmungen betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurde 1 ermittelt, sie betraf Anzeigen bezw. Ausschänge. Bezüglich des Geschäftsganges heißt es im Bericht, daß in der Zigarrenindustrie der frühere Abstieg noch nicht wieder erreicht ist.

Jasmagi und der amerikanische Tabaktrakt. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ im Handelsteil folgendes gegen die Zigarettenfabrik Georg A. Jasmagi A.-G. Dresden, die bisher nicht vom britisch-amerikanischen Tabaktrakt abhängig sein wollte:

Der Vorstand des Aufsichtsrats der Georg A. Jasmagi A.-G., Herr Geheimrat Maximilian Kempner, hat uns kürzlich eine Buchstift gegeben, in der zwar einerseits angegeben wurde, daß die British-American Tobacco Co. Aktien der Georg A. Jasmagi A.-G. besitzt, andererseits aber erklärt wurde, daß die Georg A. Jasmagi A.-G. in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu der British-American Tobacco Co. stehe. Neben der British-American Tobacco Co. sind — so hieß es wörtlich weiter — die Stammaktien in einem erheblichen Betrage und der weitaus größte Teil der an der Dresdener Börse notierten Vorzugsaktien von Jasmagi in deutschen Händen.

Zu diesen Ausführungen sind folgende inwischen gemachten Feststellungen von Interesse: Bis zum Jahre 1911 betrug das Grundkapital der Georg A. Jasmagi A.-G. 5 Millionen Mark, eingeteilt in 5000 Aktien zu je 1000 M. Jede Generalversammlung bis zum Jahre 1911 zeigte das gleiche Bild. Ein „Herr aus London“ vertrat 4 Millionen Mark Aktien und der Generaldirektor der Jasmagi-Gesellschaft, Herr Gütchow, 1 Million Mark Aktien. Eine Verschidenartigkeit des Bildes bestand höchstens insofern, als die Namen des Herrn aus London wechselten; bald hieß er Tomas Gracey, bald Gurlyffe, bald Josef Hoob, und in der Generalversammlung vom 17. Juli 1908 wurde „der Herr aus London“ durch den Generaldirektor Gütchow selbst vertreten, woraus man zum mindesten wird folgern dürfen, daß zwischen den englischen Großaktionären und dem Generaldirektor von Jasmagi keine Interessengegenstände bestehen. In der Generalversammlung von Ende März 1911 wurde beschloffen, das Grundkapital um 5 Millionen Mark durch Schaffung von 5000 Vorzugsaktien von je 1000 M. zu erhöhen. Von diesen 5000 Vorzugsaktien übernahm Generaldirektor Gütchow als Führer eines Konsortiums 2500 Stück und es wurde weiter beschloffen, daß jede Stammaktie drei Stimmen und jede Vorzugsaktie eine Stimme gewinnen sollte. „Der Herr aus London“, der ausschließlich im Frühjahr erschien, hatte danach 12 000 Stimmen, Herr Gütchow und die Vorzugsaktionäre zusammen 8000. In der nächsten Generalversammlung vom März 1912 wurde eine weitere Erhöhung des Grundkapitals beschloffen und zwar wurden für 3 Millionen Mark Stammaktien und für 1 Million Mark Vorzugsaktien auszugeben. Die sämtlichen Stammaktien übernahm der Direktor der Jasmagi A.-G., Herr Dieb, mit der Verpflichtung, den Eigentümern der 3 Millionen Mark Stammaktien den Bezug auf die neuen 3 Millionen Mark Stammaktien anzubieten. Die sämtlichen neu beschafften 1 Million Mark Vorzugsaktien wurden ebenfalls an Herrn Dieb gegeben. Da angenommen werden darf, daß Herr Direktor Dieb die übernommene Verpflichtung erfüllt hat, so dürfte die British-American Tobacco Co. 8 400 000 Mark Stammaktien im Besitz haben, das macht von 30 000 Stimmen 19 200. Da es sich um die Vorzugsaktien von denen sich ebenfalls ein Teil im Besitz der British-American Tobacco Co. befinden dürfte, nicht mitgezählt.

Schlieflich noch ein Wort zur diesjährigen Generalversammlung: In ihr waren im ganzen 19 613 Stimmen vertreten. An Stammaktien besitzen die British-American Tobacco Co., vertreten durch Herrn A. Ch. Churchman

Generaldirektor Gütchow	2 500 000 M.	mit 7 500 Stimmen
Direktor Dieb	1 887 000	5 661
Geheimrat Kempner	200 000	2 400
Der stellvertretende Vorsitzende	600 000	1 800
des Aufsichtsrats	450 000	1 350

Die verbleibenden 903 Stimmen fielen auf Inhaber von Vorzugsaktien. Warum in dieser Versammlung das englische Konsortium nicht alle in ihrem Besitz befindlichen Stammaktien hinterlegt hat, ist wohl nicht allzu schwer zu erraten. Es hätte das ja nicht notwendig, um die Majorität in der Generalversammlung zu haben. Es wäre auch etwas schwierig gewesen, die Abhängigkeit von der British-American Tobacco Co. zu betonen, wenn in der Generalversammlung Herr Churchman als Vertreter der British-American Tobacco Co. mit 8 400 000 M. Stammaktien und infolgedessen mit 19 200 Stimmen von im ganzen 30 000 Stimmen angetreten wäre. Die Stammaktien, die nach Mitteilung des Herrn Geheimrat Kempner in erheblichen Beträgen in deutschen Händen sind, werden diejenigen Aktien zu sein, die Generaldirektor Gütchow und die übrigen die selben deutschen Mitglieder des Auf-

sichtsrates (Herr Geheimrat Kempner und Herr Professor de Ruyter) in der letzten Generalversammlung wirklich eigene Aktien vertreten haben, wird bezweifelt werden dürfen.

Die Firma Georg A. Jasmagi A.-G. hat sich vor einigen Monaten als Warenzeichen das Wort „Antitrust-Jasmagi“ beim Patentamt eintragen lassen. Beim königlichen Landgericht Dresden schreibt zurzeit ein Prozeß auf Beseitigung dieses Warenzeichens, in dem der beklagte Aktienbesitzer der Vorwurf einer Täuschung des Publikums gemacht wird.

Die Ausperrung in Holland. Betreffs der Ausperrung in Holland erhalten wir von unserer dortigen Bruderorganisation die Mitteilung, daß sich die Verhältnisse in günstiger Weise für die Ausgesperrten und Streikenden weiter entwickeln. Die Haltung der kämpfenden Kollegen, sowie der dieselben beselende Geist sind ausgezeichnet, was wesentlich einen glücklichen Ausgang des Kampfes verspricht. Demgegenüber ist festzustellen, daß unter den Fabrikanten Unstimmigkeit herrscht. Viele möchten gerne der Unternehmerorganisation den Rücken kehren, werden jedoch durch hohe Konventionstrafen, welche in diesem Falle gezahlt werden müssen, daran gehindert. Zwei Unternehmer wollten ihren Austritt aus der Unternehmerorganisation vollziehen, jedoch wurde ihnen dieses nicht gestattet. Ein Fabrikant, welcher achtzig Arbeiter beschäftigt, hat die Lohnforderungen anerkannt, so daß in dieser Fabrik am 14. April die Arbeit in vollem Umfange aufgenommen wurde. Augenblicklich schweben Unterhandlungen mit einem zweiten Fabrikanten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß noch mehrere folgen, welche unsere Lohnforderungen anerkennen werden. — Andererseits haben in vergangener Woche auch zwei Unternehmungen mit der Unternehmerorganisation stattgefunden; jedoch nicht, wie bisher, mit deren Vorstände, sondern mit einer besonderen neu gebildeten Lohnkommission. Letztere besteht aus den einflussreichsten Unternehmern aus allen Teilen des Landes und hat den Auftrag, Entwürfe von Lohnverordnungen für das ganze Land fertigzustellen. Mit dieser Lohnkommission haben nun zwei Verhandlungen stattgefunden mit dem Resultat, daß die bisher von den Unternehmern angebotenen Minimallöhne noch um 25 Cents pro Mille erhöht sind. Dieselben würden also jetzt betragen: für Formarbeit 3,75—4,00 Gulden gleich 6,35—6,80 M., für Handarbeit 5,50—6,25 Gulden gleich 9,25—10,60 M. Dieses würden die niedrigsten Minimallöhne sein, während in einzelnen Teilen des Landes der Minimallohn noch um 25—50 Cents höher sein würde. Die Hauptvorstände der vier Arbeiterorganisationen haben hierauf geantwortet, daß sie auch diese neuen Vorschläge nicht für annehmbar finden könnten. Es herrscht nun eine ziemliche Mißstimmung bei den Unternehmern. Die Kommission befindet sich in einer mißlichen Lage und beschließt die Hauptvorstände, doch die neuen Vorschläge anzunehmen. Die Hauptvorstände werden danach trachten, die Lohnkommission zu bewegen, noch bedeutende Zugeständnisse zu machen. Die Verhältnisse liegen so, daß die Möglichkeit hierzu vorhanden ist. Gelangt uns dieses, dann ist der Kampf nicht unsonst gewesen. Ein herrlicher Sieg steht uns in Aussicht. Um denselben zu erringen, bedarf es vor allem der finanziellen Unterstützung. Kollegen allerorts, sorgt dafür!

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Wie berichtet wurde, sind die Tabakarbeiter (Zigarrenindustrie) in eine Lohnbewegung eingetreten. Sämtliche mit den dänischen Fabrikanten abgeschlossenen Verträge sind gekündigt worden. Vor Zugang nach Dänemark wird streng gewarnt.

Amsterdam. Seit einiger Zeit befinden sich die in der Zigarrenindustrie Hollands beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, wobei es in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem zur Arbeitseinstellung kam. Die vereinigten Zigarrenfabrikanten antworteten mit der Ausperrung der organisierten Tabakarbeiter. Vor Zugang nach Holland wird streng gewarnt.

Hillinghausen, Westf. Bei der Firma F. r. S. a. n. a., Eich Förde, hatten die Arbeiter Forderungen gestellt auf tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Firma ging darauf ein. Der Minimallohn wurde auf 9 M. pro Mille festgesetzt bei Dreierung feuchten Tabaks und teilweiser gleichzeitiger Einlage. Die Lohnzahlung findet vierzehntägig statt. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 56 Stunden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten und zu Lohnfestsetzungen wurde ein Fabrikarbiträr ernannt. Mit der Firma wurde ein Lohnvertrag vereinbart.

Berlin. Die Firma D. Bornkessel, Berlin NW, Wallstr. 39, hat die tariflichen Abmachungen, welche mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband getroffen worden waren, durchbrochen. Der Minimallohn wird nicht gezahlt. Die Fabrik ist deswegen gesperrt.

Hamburg. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zugang nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

Eingeladent.

Die Sache ist klar, doch niemals ebel! Das Eingeladent in Nr. 9 des Tabak-Arbeiter scheint Herrn Schimpf recht auf die Nerven gefallen zu sein. Hauptächlich die böse, unbewusste Organisation, welche die Rechte der Arbeiter vertritt, hat es dem Herrn angetan. Seine organisierten Arbeiter will genannter Herr in seinem Betriebe dulden; ist er doch an Organisierte herangetreten mit dem Versprechen, aus dem Verband auszutreten, widrigenfalls er seine Arbeit für sie hätte. Zu bedauern ist nur, daß sich die Arbeiterinnen und Arbeiter diesem Anbieten nicht und ihren Austritt erklärt und auf ihre durch langjährige Mitgliedschaft erworbenen Rechte aufzugeben dieser Firma verzichtet haben. Rast sich zu heilen, daß der Verband hinter ihnen steht. Was würde wohl Herr Schimpf erklärt haben, wenn die betreffenden Arbeiter an ihn herangetreten wären mit dem Entschluß, eventuell aus dem Unternehmerverband auszutreten, auch falls sie nicht mehr für ihn arbeiten würden? Diese Frage muß sich jeder selbst beantworten. Wir fragen nun Herrn Schimpf: Besteht das Koalitionsrecht nur für Fabrikanten oder auch für Arbeiter? Herr Schimpf, seines Zeichens liberaler Stadtratsmitglied, verheißt, muß uns doch diese Frage leicht beantworten können. Wir sind nun sehr überzeugt, daß Herr Schimpf an Stelle des Verbands seine Arbeiter bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Todesfällen Ausperrung usw. so unterstützt, wie es unterstellt, wie es der Verband getan hätte. Seine bisherigen Taten sprechen ja laut und deutlich für seine Ar-

beiterfreundlichkeit. Neugierig sind wir nun, was die Funkschaft des Herrn Schimpf, welche ja auch zum großen Teil aus Arbeitern besteht, dazu sagen wird, wenn sie hört, wie Herr Schimpf mit seinen Arbeitern umspringt, und wie er sie zwingt, aus der Organisation auszutreten. Daß sie es erfährt, dafür werden wir sorgen; und daß dieses eine Reflekt für ein Geschäft bedeutet, wird Herr Schimpf erfahren.

Au auch, Dellscher Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, liegt es dem Verband Achtung und Einfluß zu verschaffen! Schüttelt eure Interessiertheit ab und tretet mit in unsere Reihen, dann wird auch Herr Schimpf nicht wagen, mit solchen Bevormundungen fernherhin an euch heranzutreten; denn so gut wie ihr Arbeit braucht, braucht selbiger Arbeiter. Bezahlzeit sind wir nichts, verleiht eine Macht, mit der wir uns auch, wie andere Arbeiter, ein menschenwürdiges Dasein erringen können. Volkstümlich sehen nun die Arbeiter ein, daß sie sich nur vorwärts bringen; wenn sie fest und treu zu ihrer Organisation stehen und nicht gleich aus Furcht vor dem Fabrikanten umfallen, wenn er an sie das Verlangen stellt, auszutreten. Mühsal und Bestimmtheit müssen die Arbeiter erklären, daß ihre Organisation dem Fabrikanten nichts angeht. Wenn jeder Arbeiter seinen Mann steht, dann wird es nicht lange dauern, daß auch Herr Schimpf die gesetzlichen Rechte der Arbeiter respektiert.

Gingefandt.

Zu den Meinungsverhältnissen betr. Auslegung des § 9 gestatte man auch ein Wort. Wer in letzter Zeit den Tabak-Arbeiter verfolgt hat, gewinnt den Eindruck, als habe der Vorstand aus willkürlicher Lust die Auslegung des § 9 vorgenommen. Bevor man zur Kritik übergeht, soll man sich die Frage vorlegen: Welche Gründe haben den Vorstand dazu veranlaßt und war er berechtigt zu seinem Vorgehen? Nach meiner Meinung können wir überhaupt kein Urteil fällen, so lange nicht der Jahresbericht herausgegeben worden ist. Wenn ich von den Verhältnissen in meiner Zahlstelle auf den ganzen Verband schließen soll, so hätten wir schon vor längerer Zeit andere Maßnahmen treffen müssen, denn vor hier aus sind seit langem keine Gelder an die Zentralkasse abgeführt worden, sondern wir haben im Gegenteil noch Zuschüsse erhalten. In wie vielen Zahlstellen liegt die Situation wohl ebenso? Wenn man sich nun die Frage stellt: War der Vorstand zu seinem Vorgehen berechtigt, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Vorstand ist es auch für den Vorstand; aber aus tatsächlichen Gründen wird der Vorstand wohl zu seinem Vorgehen gezwungen gewesen sein. Wie würde es wohl aussehen, wenn wir heute oder morgen mit einer Ausperrung zu rechnen hätten?

Wollen wir unsere Lage verbessern und uns in die vorderen Reihen stellen, dorthin, wo andere Berufs längst stehen, so haben wir Kämpfe zu erwarten. Dazu gehört aber Geld. Deutung der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter muß die Parolworte sein. Aufgabe des nächsten Verbandstages muß es sein, zu untersuchen, inwiefern wir durch den Übergang vom Unterstufungs- zum Mitgliedsjahr finanziell angepaßt worden sind. Was nun die Streitfrage anbelangt, ob der als arbeitslos zu betrachten ist, der ausbleibt, so bin ich der Meinung, daß nach dem Wortlaut des Statuts derjenige, der ausbleibt, nicht arbeitslos ist. Es kommt in Wirklichkeit weniger auf den Wortlaut als auf die Form an; denn wer ist mehr geschädigt, der, der 14 Tage ausbleibt, oder der, der 8 Tage arbeitslos und erhält dann wieder Arbeit? Es wird Aufgabe des Verbandstages sein, einen Passus zu schaffen, damit auch diese Mitglieder zu ihrem Rechte kommen. Zum Schluß hätte ich noch den Wunsch an den Kollegen Menzel-Meusal, mir das Rezept mitzuteilen, wie er es fertig bringt, von gut sechs-hundert Mark Jahreserwerb noch zu sparen.

Hildesheim.

Carl Marks.

Gingefandt.

Man muß sich wundern über die kendenahmen Argumente, mit welchen von verschiedenen Seiten versucht wird, die Haltung des Vorstandes und Ausschusses in der Beherrschenden Angelegenheit zu beschönigen und sogar zu glorifizieren, während man die „mohrerer Beherrschenden“ als demoralisierte, quasi verbandsschädliche Elemente hinstellt. Auch die Redaktion fühlte sich veranlaßt, den bösen Wubben aus Beherrschenden eine schlechte Beurteilung wegen schlechter Ausführung, mangelnder Akkuratheit in Umgangston usw. zu erteilen und dagegen den Kollegen Menzel mit einem ureingelassenen Lob zu beglücken wegen seiner musterhaft sachlichen Schreibweise. Der Gedanke ist bekanntlich veraltet. Ich z. B. kann mit dem besten Willen nichts musterhaft Sachliches darin finden, wenn der Kollege Menzel den Mitgliedern mit seiner Sparbüchse etwas vor-klappert. Was kümmert es die Mitglieder und was hat es mit der vorliegenden Sache zu tun, wenn der Kollege Menzel Pfingsten seinen Sparpost aus der Erde langt, ihn bis Weihnachten ordentlich füttert und großmütig ein ewige Arbeitslosenunterstützung ver-zichtet? Das ist ja ganz nett, großartig nett sogar, und zeugt von einem klassisch-ebenen Charakter, hat aber mit Sachlichkeit nichts zu tun und wird auch dadurch nicht sachlicher, daß der Kollege Menzel sich einem geehrten Publikum als zwölfjähriges Verbandsmitglied, ehrenamtlicher Gewerkschafts-, Krankenkassen-, Partei- und Gewerbetreibersfunktionär präsentiert. Wenn aber jemand ohne jede Veranlassung die Öffentlichkeit mit einer solchen schmeichelehaften Selbstbiographie überfällt, dann muß er damit rechnen, auch mal von einem Spottvogel angezwitschert zu werden. Das ist der Welt Lauf und schon immer so gewesen. Dagegen finde ich nun, daß die bösen Wubben aus Beherrschenden der Kern der Sache richtig erfasst haben und auch festhalten, wofür ich ihnen aus vollem Herzen ein kräftiges Bravo bringe. Ihr bösen Wubben aus Beherrschenden, laßt Euch nicht die Butter vom Brote nehmen, denn Ihr seid in Eurem Recht und daran kann kein pharisäerhaftes Gewächseln, phylisterhaftes Wochel-zuden und alljährliches Grimassen schneiden etwas ändern. Der Vorstand hat absolut kein Recht, willkürliche Änderungen des Statuts vorzunehmen. Das ist geschehen, und dagegen muß jeder, welcher autoritativen Gesetzen Vorzug leisten will, protestieren.

Die Mitglieder haben nicht nach der Pfeife des Vorstandes, sondern umgekehrt hat der Vorstand nach der Pfeife der Mitglieder zu la: ren. Das bedeutet sachlich ausgedrückt, daß der Vorstand den Willen der Mitglieder, welcher in den Beschlüssen der Generalversammlung festgelegt ist, zu respektieren hat. Das Statut ist die Richtlinie, nach welcher der Vorstand seinen Pflichten zu genügen hat. Tut er das nicht, dann muß er von den Mitgliedern zur Räson gebracht werden, und dann kann es nur heißen: „Niegen oder brechen“. Ein Drittes gibt es nicht. Entweder ist der Vorstand die höhere Instanz oder die Generalversammlung. Bis jetzt ist es die Generalversammlung, wenigstens dem Namen nach. Mögen die Mitglieder dafür Sorge tragen, daß sie es auch in der Tat ist und bleibt. Wer sich da um den Kern der Sache herumdrückt, will, wie die Frage um den heißen Brei, der mag mit seiner Weisheit lieber zu Hause bleiben, denn er richtet wirklich nur Unheil an. Der Vorstand hat es bis jetzt, so viel ich weiß, noch nicht einmal der Mühe wert gehalten, der Mit-gliedern die Motive zu unterbreiten, welche ihn zum Durchbruch der statutarischen Bestimmungen veranlaßt haben. Er hüllt sich mit der Ignoranz eines spanischen Branten in vornehmer Schmelze. Gleich-wohl wird davon geredet, daß er aus Sparankheitsrücksichten so gehandelt habe. Ist denn das eine Entschuldigung? Wenn wirklich durch die statutenmäßige Gewährung der Unterstützungen dem Ver-bande finanzielle Schwierigkeiten erwachsen sollten, so hat eben der Vorstand die verbaumte Pflicht und Schuldigkeit, einen Verbands-tag einzuberufen, welcher eine andere Richtschnur zu geben hat, und das kann, wenn Not an den Mann tritt, innerhalb drei Wochen geschehen, aber unter keinen Umständen hat er das Recht, die Statu-ten selbständig zu ändern. Wenn die Mitglieder dem Vorstand nicht gehörig auf die Finger klopfen, dann können sie sich darauf verlassen, daß sich der Vorstand in Zukunft noch viel mehr heraus-nehmen wird.

Daß der Vorstand einem Mitgliede, welches für den Verband tätig gewesen und doch auch jedenfalls dafür bezahlt worden ist, mit einer jährlichen Gratifikation von 100 M. bedankt, ist ebenfalls als ein Ausfluß autoritativer Willkür zu betrachten. Als eine eigen-lübsche, ich möchte sagen Schicksalsironie, kann es wohl erscheinen, daß ungefähr zu derselben Zeit, in welcher der Vorstand durch einen Gewaltstreik die statutarischen Rechte der Mitglieder aus „Spar-ankeitsrücksichten“ verweigerte, er einem einzelnen Mitgliede ein Geschenk machte, wozu das Statut überhaupt keine Handhabe bietet. Es geht doch nicht über einen parlamentarischen Vorstand. Eine sachliche Unterstufung zu 9 M. berechnet, kann man mit 100 M. den An-sprüchen von 66 Unterstützungsberechtigten genügen. Nun wird von verschiedenen Seiten auch dieser Willkürakt des Vorstandes beschönigt und verherrlicht, aber fragt mich nur nicht wie. Der eine redet von Abarbeiten für den Verband, wodurch gesünder und tüchtigerer Mut erzeugt ist; ein anderer findet, daß den Mitgliedern das soziale Empfinden (höherer Ausdruck) fehlt usw. Das von Arbeitern Klingel schauerlich und wird vielleicht manchmal, der im Stillen auf ein Verbandsposten resultiert, veranlassen, nur darauf zu ver-zichten. Aber in Wirklichkeit ist es denn doch so schlimm nicht, ich glaube vielmehr, daß die Verbandsangelegenheiten schon ganz gut getroffen haben. Man hört auch gar nichts davon, daß welche frei-willig auf ihren Posten verzichten und sich wieder an Werk setzen. Mit abnormer geistigen Fähigkeiten braucht doch auch wirklich keiner ausgerüstet zu sein, der einen Verbandsposten besetzen will, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß Jbloten dazu fähig sind. Wer bei den Anforderungen, welche ein Verbandsposten an einen Arbeiter stellt, sich anarbeiten, der muß eben die Nase davon lassen. Es ist doch sehr gegen eins zu weiten, daß die Tätigkeit eines Zigarren-machers, der täglich elf bis zwölf Stunden am Werk ist, an-strengender ist als die Tätigkeit z. B. eines Gauleiters. Möge man doch den Mitgliedern vom Leibe bleiben mit den elastischen Phrasen von der Aufopferung der Verbandsangestellten. Wenn jemand krank ist, dann muß er sich an die Krankenkasse wenden, und läßt er sich invalide, dann muß er sich an die Invalidenkasse wenden, das ist doch sehr einfach und das müssen wir arbeitslosen Mitglieder auch und es trägt auch kein Schaden. Mögen sich die Mitglieder nicht durch solche phrasenhaften Spekulationen auf ihr menschliches Em-pfinden vom geraden Wege des logischen Denkens abbringen lassen. Der Verband ist bis jetzt keine Invalidenkasse, und danach muß das Verhalten des Vorstandes beurteilt werden. Wenn die Mitglieder natürlich zur nächsten Generalversammlung Leute beerden, die das etwähliche Nachwort „Rein Besote für Nöplex“ ans Herz geschrieben hat, und denen das Herz in die Hosen fällt, wenn irgend eine geistige Größe eine Pause gegen die bösen Wubben zusammenzimmert, dann hat der Vorstand und seine Trabanten gewissermaßen Spiel. Auch Leute, die sich um Posten bewerben, welche der Vorstand zu ver-geben hat, werden aus rabeliegenden Gründen nicht für ein ernzeigliches Auftreten gegen den Vorstand zu haben sein. Unab-hängige Leute, vielleicht vom Schlage der Beherrschenden bösen Wubben, müssen Delegierte werden, dann wird dem Vorstand wohl in An-sicht der Appetit vergehen, mit den statutarischen Rechten der Mit-glieder und mit dem Verbandsvermögen Furore zu machen.

Gingefandt.

Es ist in der letzten Zeit im Verbandsorgan sehr viel geschrieben worden über Revisionierung einzelner Bestimmungen des Statuts. Auch hat der Vorstand dem Gebanten Raum gegeben, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen, welchen Gedanken ich nur aufheizen kann. Denn mehr als eine Bestimmung des Statuts bedarf der Änderung. Der § 7 in seiner jetzigen Fassung mit der Klasseneinteilung, müßte nach meinem Dafürhalten abgeändert und ein einheitlicher Satz dafür gesetzt werden. Mag bei der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung die Klassen-einteilung bestehen bleiben, bei der Streikunterstützung kann sie geradezu verhängnisvoll werden. Es ist Tatsache, daß es manchen Kollegen schwer fällt die Verbandsbeiträge zu bezahlen, aber pflichtgemäß, um der Arbeiterbewegung zu nutzen und sich selbst zu schützen, ist er Mitglied: woher soll er nun den Opfermut und die Begeisterung, die jeder Kampf in hohem Maße von ihm fordert — um so höher, je gedrückter seine Lage sowieso schon ist — erhalten, wenn er im Streit oder in der Aus-sperrung, weil er keine so hohen Beiträge bezahlen kann, mit geringerer Unterstützung vorlieb nehmen muß wie seine Kollegen, die sich in

besserer wirtschaftlicher Lage befinden. Es wird dieses Moment der großen und langdauernden Kämpfe zu vielen Unzutunlichkeiten führen, wodurch das Solidaritätsgefühl schweren Schaden leidet. Schon aus diesem Grunde müßte die Klasseneinteilung abgeändert werden. — Zu welchen Konsequenzen soll es führen, wenn wir von großen Aus-sperrungen betroffen werden wie 1911, wo der Kampf aus Mitteln, die aus den andern Gewerkschaften stammten, weitergeführt werden muß? Kann dann auch noch die Klasseneinteilung beibehalten werden? Ich glaube kaum! Wenn ja, würde dieses Faktum nicht enorme Differenzen in die Reihen der Kämpfenden bringen und dadurch der Streit leicht gefährdet werden? Ich bin nun der Meinung: soll ein großer Kampf siegreich durchgeführt werden, dann muß die Waage für alle gleich sein, dann wird jeder nach seinem besten Können die Opfer bringen, die erforderlich sind im Kampfe bis zum Ende. Deshalb weg mit der Klasseneinteilung des § 7. Ich möchte diese meine Anregung hiermit zur Diskussion stellen.

Altona, im April 1913.

Berichte.

Schwiebus. In der am 5. April tagenden Mitglieder-versammlung wurde nachstehende Tagesordnung erledigt: 1. Kartellbericht, 2. Lokalfrage, 3. Verschiedenes. Nachdem der 1. und 2. Punkt ver-handelt waren, kam unter Verschiedenes der § 9 des Statuts zur Sprache. Die an der Diskussion sich zahlreich beteiligenden Mit-glieder sprachen fast im gleichen Sinne über das Verhalten des Vorstandes und Ausschusses. Es wurden eine Reihe „Gingefandts“ besprochen, jedoch hatten es die Schwiebuser Tabakarbeiter nicht für ihre Pflicht, über die Ansichten der einzelnen Kollegen im Tabak-Arbeiter zu kritisieren. Deswegen wurde von einigen Helfens-gesellen, die unserer Zahlstelle angehören, ein Schreiben verlesen, in welchem ebenfalls gegen den Beschluß betr. § 9 und der Pen-sionierung des Gauleiters Protest erhoben wurde. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen in dem „Gingefandts“ des Kollegen Streif-Franckfurt a. d. O. einverstanden und nahm folgende Resolu-tion an: „Die heutige Mitglieder-versammlung in Schwiebus erklärt alle Zahlstellen, welche sich mit den Beschlüssen des Vorstandes und des Ausschusses nicht einverstanden erklären, zum nächsten Ver-bandstag Protest zu erheben. Der Verbandstag wolle vor allem dahin arbeiten, daß die Statuten sich so gestalten, daß nicht bloß die Pflichten der Mitglieder, sondern auch ihre Rechte gewahrt bleiben.“ Betreffs der Pensionierung eines Gauleiters haben die Mitglieder nichts einzuwenden, indem ihnen die Pflichterfüllung des Betreffenden genügend bekannt ist.

Eisenberg. Am 6. April fand unsere Mitglieder-versammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Abrechnung; 3. Kartellbericht; 4. § 9 des Statuts; 5. Verschiedenes. Bei Punkt 1 wurde über die Firma Pfeil in Schwiebus debattiert, weil selbige keine organisierten Arbeiter mehr beschäftigt, stattdessen nicht mehr als richtig anzusehen ist. Der Gauleiter Wagnist hiervon benach-richtigt worden, hat aber bis jetzt noch nichts gegen betreffende Firma unternommen, was von der Versammlung gemahnt wird. Unter Punkt 2 wurde vom Kassier, Kollegen Degner, die Abrechnung verlesen und von den Revisoren für richtig be-sunden, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Der Bericht unseres Kartellbelegierten Kollegen Degner wurde gutgeheißen. Betr. Auslegung des § 9 wurde nach längerer Debatte, in welcher die Maßnahmen des Vorstandes und Ausschusses angezweifelt wurde, folgende Resolution angenommen: „Wir, die Mitglieder der Zahlstelle Eisenberg, erklären uns mit den Beherrschenden Kollegen dahin überein, daß der § 9 gehandhabt wird wie er im Statut steht, und nicht die Maßnahmen getroffen werden, wie es der Vorstand und Ausschuss vor den Weihnachtsfesttagen getan haben. Wir erkennen das Statut an wie einen Tarif, dessen Fabrikant mit seinen Arbeitern abgeschlossen hat und der von Periode zu Periode läuft. Mitkin sieht uns das Recht zu, gegen die ungehörige Maßnahme des Vor-standes und Ausschusses zu protestieren.“ Sodann wurde ein An-trag angenommen, nach welchem vom Gauleiter verlangt wird, daß er binnen kurzem eine Gantonzert in der Mitte des 10. Ganes einberufen soll, weil die kleinen Zahlstellen keine Gelegenheit haben, selber einen Delegierten zum Verbandstage zu senden.

Bremen. Unsere am 9. April tagende Mitglieder-versammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1913; 2. Wahl der Voten; 3. Beratung des Regulativs zum Arbeits-nachweis der Zahlstelle Bremen; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gibt Kollege Vobbenkamp die Abrechnung. Da von der Versammlung Einwendungen hiergegen nicht erhoben worden, wird die selbe genehmigt und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Beim 2. Punkt werden die Kollegen Deding, Obenhäuser und Meinesen zu Voten ge-wählt. Zu Delegierten zum Bildungsausschuss werden die Kollegen Liegelmann und Hörmann ernannt. Zum 3. Punkt legt der Kollege Henke in ausführlicher Weise die Eintragung, Zweck und Ziele des Arbeitsnachweises dar. Zu der darauffolgenden Dis-kussion finden die Ausführungen dieses einen regen Widerhall; es geht daraus hervor, daß der Arbeitsnachweis nach Kräften ausgebaut werden soll. Bei der Beratung des Regulativs zum Arbeits-nachweis werden nach längerer Debatte alle sieben Paragrafen angenommen. Sodann wurde über einen Antrag Hörmann ver-handelt, der dahin geht, daß die erste Kontrolle der Arbeitslosen am Arbeitsnachweisbureau zu geschehen habe, jede weitere Meldung für die Häftlinge Kollegen dagegen in Vaitet beim Verirauensmann. Nachdem Ziesgen den Antrag unterstützt, Vobbenkamp und Henke dagegen gesprochen, wird derselbe angenommen. Eine rege Diskussion entspann sich darüber, ob der Arbeits-nachweis auch für die umliegenden Ortschaften freigegeben werden solle; da jedoch wegen vorgerückter Zeit die Verhandlungen darüber abgebrochen werden mußten, wurde diese Angelegenheit bis zur nächsten Ver-sammlung vertagt.

Kollegen, agitiert für den Verband!

ERHALTEN SIE KOSTENLOS DURCH LISTE UBER GEBRAUCHTE WICKEL-FORMEN 2013 L. COHN & CO. BERLIN 24 BRUNNENSTR. 24

Officiere div. hundert Zentner gemischte fertige Zigarreneinlage pro Pfund 95 M., bei Abnahme von 100 Pfund 90. — M. Frantz Zulassung. Hohefeine Mischung zu 5 M. Zigarren. Zu Preisliste gratis und franco. Versand nur unter Nachnahme. 118 Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9. Neuestes Rohtabak-Verhandels-geschäft der Provinz. — Geor. 1886.

Rohtabak-Handlung Hengfoss & Maak Altona-Ottensen Filiale Berlin N., Brunnenstraße 25. 125

Rohtabak-geschäft Otto Brandes BREMEN, Westerstrasse 96 Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

Carl Roland, Berlin SO. Rottbuserstraße 4. 15 Sumatra - Studtblatt große 2. Blattlänge, sehr viel helle Farben enthaltend, blütenweiße Brand, vorzüglich bedruckbar pro Pfund nur 4. —

Telefon:
Nr. 149
—
Postcheck-Konto:
Nr. 1341
—
Amt:
Ludwigshafen a. Rh.

Leon Weil, Speier a. Rh.

Lager in allen
Utensilien,
gebrauchten
Formen,
Zigarren-
und Wickel-
pressen
zu Fabrikpreisen

Rohtabake

gegründet 1852

gegründet 1852

Ich empfehle ganz besonders aus meinem Lager in

Sumatra-Decken:

HD/Langkat	3er Vollblatt, guter Linksroller	Mk. 220
Deli My LM 33	3er Vollblatt, heller (rötlich) tadelloser Decker	„ 240
Deli My/L/LB3	3er Vollblatt, mattgetönte lichte Farben, enorm ergiebig	„ 300
Deli B₀/My/Tandem	3er Vollblatt, feinfarbig, beste Qualität	„ 380
Senembah My	2er (etwas Loch), enorm ergiebig und reinfarbig	„ 300
M & K/Langkat (Pflückblatt)	3er Vollblatt, modelfarbige, grünfahle Farben	„ 720
Deli My/E/VV3	3er Vollblatt, modelfarbig	„ 530
RDM/Archemia	4er Vollblatt, Sandblatt , sehr blattig u. matte feine Sandblattfarben	„ 280

Aus diesen guten Sortierungen besserer Delmarken lassen sich auch für die besten Preislagen geeignete fahle Farben herausuchen, wie dies z. Zt. vielfach
... Infolge der Phantasiebewertung der modelfarbigen Decker in den größten Betrieben sogar geschieht und sich als überaus lohnend erw. ist ...

Bedeutende Preisermässigung

für Java-Umblatt und Einlage

Nur leichtgängige, reife, wohlschmeckende Tabake, die sicher im Brand sind und sich auch für bessere Fabrikation eignen.

Slamat leichtgängiges Ia. Umblatt per 1/2 Ko. verzollt.

Sortierung A Mk. 1.50 | Sortierung B Mk. 1.40
AB „ 1.45 | G 4er „ 1.25

Pasirian riesige Blattfülle, feinste Qualität
prachtvolle leichtgängige Vollblätter.

Sortierung A Mk. 1.65 | Sortierung B Mk. 1.50
G „ 1.60 | A 4er „ 1.40

Spada Mk. 1.70 ————— **Tjondro** Mk. 1.50 ————— **Soemberdjati** Mk. 1.35

Java-Einlage: „**Tambo**“

für beste Zwecke, rein und feinschmeckend

Sortierung A Mk. 1.20 | Sortierung C Mk. 1.15
B „ 1.10 | D „ 1.05

Java-Einlage:

No. 2009 Mk. 1.15 reife, gespickelte blattige Einlage
„ 2012 „ 1.05 wollige sehr blattige Einlage
„ 2007 „ 1.— reif und kernig, sehr vorteilhaft
„ 2005 „ .95 reife Einlage

No. 348 (Mk. 1.45) und No. 1017 (Mk. 1.30) überaus günst. Aufarbeiter ist wieder in bestem Ersatz versandbereit.

„ 423 zarter, graumatter und dunkler Vorstenland-Decker Sandblatt Mk. 3.30

„ 424 Vorstenlanden-Decker (Mexiko-Ersatz), schöne, tiefdunkle und graue Farben, Stamblatt „ 3.20

Verlangen Sie gefl. sofort meine Transitpreise für Ballenbezug, da ich Sie infolge direkten Kaufes geschlossener Partien und Ersparung aller Reise- und Verkaufsspesen besonders billig zu bedienen vermag.
Transitpreis für **Ia. Aufarbeiter** von 48 bis 60 Pfennig, für **Ia. Umblätter** von 60 bis 90 Pfennig.

Neu eingetroffen

ist wieder der allgemein beliebte

Ia. Habana-Grus

in vorzüglicher Ware, per Pfund 80 Pfennig

Vom 1. Mal ab kommt zum Versand:

ff. San Andreas Mexico (Neue Ernte)

dunkelreifer, wunderbarer Qualitätstabak,

große Ergiebigkeit, von Mk. 4.20 bis 5.50

Grosses Utensilienlager: Gebrauchte Formen, Zigarren- u. Wickelpressen in bester Ausführung von Mk. 8.50 an, Bündelböcke Mk. 1.25, Bänder aller Art zu Fabrikpreisen!

Grosse Partie prachtv. compl. Packungen (zum Teil geprägt) Mk. 1.30 bis 3.20 per 100 Stück komplett

Einbringen der Frauennarbeit und das Ueberangebot der Frauen die...
Wohl sind auch schon früher Gegenmaßnahmen ergriffen worden, doch haben sich dieselben immer als...
Aus diesen Anlässen habe man gelernt, daß nur eine energische Auf...
klärung und Organisation der Frauen und Mädchen geordnet sei, unsere...
Lage zu verbessern. Zum Punkt 2 liegt ein Antrag der Sektionsleitung vor, einen Sektionsbeitrag von...
25 A für Einzelretende zu erheben. Nachdem Kollege Wenzel die Gründe...
erläutert hatte, welche zu dem Antrag geführt haben, erucht er, den Antrag zu...
unterstützen. Kollege F. L. in 1. weicht sich gegen diesen Antrag. Er stellt einen Erweite...
rungsantrag, einen Sektionsbeitrag von 25 A pro Jahr von 11 an...
Mitgliedern der Sektionsleitung in Dresden zu erheben. Nachdem...
noch einige Redner für und gegen diesen Antrag gesprochen hatten, wurde...
der Antrag einstimmig angenommen. Leider müssen wir auch diesmal wieder...
konstatieren, daß es die Kollegen und Kolleginnen nicht für nötig...
halten, ihre Versammlungen zu besuchen. Wir fragen deshalb die...
Kollegen und Kolleginnen: „Sind denn eure Verhältnisse so schlimm, daß...
Ihr euch nicht zu regen braucht?“ Wir sagen nein! Mit der...
Hilfsmittel über den Ohren und hinter dem Ohren hören wir es nicht...
besser. Ihr müßt miteinreden an der Aufklärung und Organisation der...
Kollegen. Nur so können wir uns unsere Lage verbessern. Darum auf, Kollegen...
und Kolleginnen, in die Versammlungen, hinein in die Organisation!

Treffurt. Am 6. April fand hier eine schwachbesuchte Mit...
gliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom...
1. Quartal; 2. Wahl des ersten Bevollmächtigten; 3. Antrag des Kollegen...
L. a. m. p. 3 auf Gründung einer Sektion der Sortierer und...
Kassierere; 4. Geschäftliches. Die Abrechnung wurde vom Kollegen...
F. Fischer vorgelesen und bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit...
1153,57 M. Bei der Wahl des 1. Bevollmächtigten entspann sich eine...
lebhafte Debatte; der Gauleiter Schmidt machte darauf aufmerksam, daß...
das Amt des ersten Bevollmächtigten am besten einem Ortsanwärtigen...
übertragen würde. Kollege Gottlieb Reith wurde einstimmig gewählt. Zu...
Punkt 3 wurde beschlossen, daß von den Sortierern eine Sektion...
gegründet würde; als Sektionsleiter wurde der Kollege Wilhelm L. a. m. p. 3...
gewählt. Unter Punkt 4: Geschäftliches, wurde vom Kollegen...
Fischer darauf hingewiesen, daß einige Mitglieder wegen...
Beitragsrückstand ausgeschlossen werden müßten, wenn sie in Kürze...
ihre Reste nicht bezahlen würden. Zum Schluß wies Gauleiter...
Schmidt nochmals auf den Zweck und Nutzen der Organisation hin; er...
betonte, daß wir ohne Organisation nicht vorwärts kommen. Wir...
müßten den Treffurter Kollegen und Kolleginnen zurufen: In Zukunft...
jährelang in der Versammlung zu erscheinen. Oder habt Ihr es nicht...
mehr nötig? Es gibt hier noch genug...
Mißstände, die zu beseitigen sind.

Treffurt. Sektionsversammlung der Sortierer und...
Kassierer am Montag, den 7. April. Tagesordnung: 1. Wahl eines...
zweiten Sektionsleiters; 2. Sektionsangelegenheiten. Die...
Versammlung war schwach besucht; die einzelner Kollegen...
hielten es bis auf zwei nicht für nötig, ihre Sektionsversammlung...
zu besuchen. Der Sektionsleiter wies dringend darauf hin, wie...
notwendig es sei, die Versammlungen mit Interesse zu besuchen, da...
dadurch unser Fortkommen in der Organisation nur gefördert...
werden könne. Der 1. Punkt der Tagesordnung wurde zurückgestellt, da...
der 1. Sektionsleiter sich bereit erklärte, vorläufig die schriftlichen...
Arbeiten mit zu übernehmen. Unter Punkt 2 brachte Kollege...
L. seine Angelegenheit betr. die Fabrik „Roland“ vor. Er fand eine...
rege Aussprache statt. Zum Schluß erklärte sich Kollege...
bereits, von weiterem Eingreifen Abstand zu nehmen und abzutreten...
zu wollen. Auch Kollege... erklärte nach genügender Aussprache...
seinen Fall mit der Firma Roland, abzutreten zu wollen. Zutritt...
wurde, daß die Adresse des 1. Sektionsleiters unter den Adressen...
der Arbeitsnachweise im Tabak-Arbeiter-bekanntgegeben wird. —
Kollegen und Kolleginnen Treffurt! Es kann nicht genügend...
ermahnt werden, die Versammlungen zu besuchen. Jeder organisierte...
Arbeiter muß es sich schon ohne Aufforderung angelegen sein lassen...
in die Versammlungen zu gehen, um unsere Interessen besser fördern...
zu können. Leider ist nur ein Bruchteil eurer Versammlungsg...
besucher, Kollegen und Kolleginnen! Dieser Bruchteil zeigt auch die...
Notwendigkeit, sich an unserer Organisationsarbeit mehr zu beteiligen. Hier...
in Treffurt ist noch so viel zu schaffen, da unsere Lage hier am...
Orte doch nicht die beste ist und viel zu wünschen übrig läßt. Nur...
durch intensive Arbeit können unsere Verhältnisse verbessert werden. Schmeißt...
doch endlich eure Furcht über Bord! Wir brauchen uns doch nicht zu...
fürchten; selbst unsere Herren Fabrikanten sind organisiert. Und...
warum? Damit auch sie ihre Interessen besser wahrnehmen können. Ohne...
Organisation ist heute nichts mehr zu erreichen. Wer das glaubt, auf...
eigene Faust sich eine Lebensstellung schaffen zu können, der muß...
sehr oft empfinden, daß er sich getäuscht hat. Viele, viele alte...
Kollegen haben dieses wahrnehmen müssen und das ist die...
Organisation. Die Versammlungen geben uns Gelegenheit, unsere...
Interessen mehr wahrnehmen zu können und zu fördern; deshalb...
richte ich an die Kollegenschaft von Treffurt nochmals den Ruf: Hinein...
in die Versammlung! (Die Zeiten nicht so kurzbar eng...
schreiben! D. R.)

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr mittags.
Für den Vorstand bestimmte Adressen sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Geld-, Einzahlungs- und Verleumdungen nur an W. Meber, Wellenb., Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankanstalt der Großhändler-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 6349 beim Postbeamten in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Adressen sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Adressen sind an Gustav Meibohm, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
Für den Anschlag bestimmte Adressen sind an Emil Glitten, Altona-Ottensen, Hohensch 3, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Ohne Abmeldung ist abgereicht von Wangen das Mitglied Heinrich Müller aus... geb. 6. 2. 87, eingetr. 2. 11. 1912, S. II Nr. 47520. An Müller darf keine Unterstützung gezahlt werden. (S. Nr. 895/4).
Ohne Abmeldung und mit einer Sammelleiste ist abgereicht von Garmisch der... H. de Klot aus Wangeningen (Holl.), geb. 17. 7. 88, Buch S. II Nr. 21700.
Auf der Sammelleiste waren 10 M für die Streitenden in Holland...
gezeichnet, die mitgenommen wurde. Die Sammelleiste sowie das...
Mitgliedsbuch sind im Vorgehensfalle zu konfiszieren und einzuliefern. (S. 952 J. 13).
Zurück: Das Mitgliedsbuch lautend auf Otto Wolf aus...
Köln, geb. am 27. 10. 1881, S. II Nr. 53008, Beitragsklasse 3. Im...
Vorgehensfalle ist das Buch zu konfiszieren und an den Vorstand zu...
senden. (S. Nr. 882).
Um Angabes des Aufenthaltsorts wird erucht von dem...
Bürgerehrenreiter, Aushorn aus... Buch S. II Nr. 6368, S. 4. (S. 953, J. 13).

Den Mitgliedern zur Beachtung!

Mitglieder, welche die... haben, ihre Arbeitsstelle zu wechseln, und solche, die sich auf Wanderschaft befinden, sind verpflichtet...
sich vorher bei uns die... bescheinigen lassen zu lassen, wo sie Arbeit...
suchen wollen.

Das Umhauen auf den Fabriken ist streng untersagt. Wer von den...
dieses außer Acht läßt, erhält keine Unterstützung. Alle Mitglieder...
wollen daher im eigenen Interesse vorher bei im Gau und in...
verwalteten Arbeitsnachweisen Nachfrage halten. Man...
sich die Arbeitsnachweiskarte aus.

Hamburg und Umgebung. Infolge großer Arbeitslosigkeit...
ist der Zugang nach Hamburg und Umgebung...
Mittelglieder, die trotz dieser Warnung hier...
zureisen, erhalten keine...
Unterstützung.

Uebertritte.

Mitglieder anderer Verbände und solche, die vom Auslande...
zureisen und in den „Deutschen Tabakarbeiter-Verband“...
überzutreten wollen, werden nur dann...
übernommen, wenn sich die zum Uebertritt...
Gemeinschaft bei ihrer Organisation, der sie bis...
dahin angehört, abgemeldet haben. Die...
Abmeldung muß im Mitgliedsbuch...
bezeichnet werden.

Die Gauleiter und Bevollmächtigten haben die...
sich zum Uebertritt...
aufmerksam zu machen.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Uebertritte von...
Bevollmächtigten...
vollzogen worden sind. Das ist unzulässig. Es...
wird deswegen erneut in Erinnerung gebracht, daß...
Uebertritte nur vom Vorstande...
vollzogen werden können. Alle...
bezüglichen Mitgliedsbücher oder...
Legitimationen sind zumeist Prüfung...
einzuwenden.

Die Gauleiter wollen die Bevollmächtigten...
hierauf besonders...
hinweisen.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Wiederholt ist an dieser Stelle...
hingewiesen worden, in...
welch mißbräuchlicher Weise...
Kollegen mit ihren...
Wandertarten...
umgehen. Sämtlich...
Wandertarten...
verloren gemeldet, die...
sich...
in ganz...
unbefugten Händen befinden.

Beim...
Abgeben von...
Unterstützungen...
wird den...
Bevollmächtigten...
dringend...
empfohlen, von...
Personen, die...
nicht...
persönlich...
bekannt sind...
und...
den...
Verbandslegitimation, Buch...
oder...
Wandertarte, sich...
auch...
keine...
Invalidentarte...
oder...
andere...
Legitimation...
zeigen zu lassen.

Abrechnung.

Abrechnungen für das 1. Quartal 1913...
sind so schnell als...
möglich fertigzustellen und...
einzuliefern. Gleichzeitig...
sind alle...
Abrechnungen zu...
machen, die...
nötig sind.

Jahresbericht für 1912.

Der...
Vorstand beabsichtigt, den...
Jahresbericht für 1912...
abdrucken zu lassen und...
erucht...
deshalb die...
Bevollmächtigten...
des...
Verbandes, ihm...
bis zum 28. April...
mitzuteilen, wie viele...
Gemein...
des...
Jahresberichts...
sie für ihre...
Zustimmung...
benötigen.

Der...
Vorstand.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1913...
gingen beim...
Vorstand...
in der...
Zeit vom 8. bis 14. April 1913:

- Hamburg: Boizenburg, Lübeck, Wurgdam, Kellinghusen, Heide, Wismar, Sulingen.
- Im...
Braunschweig: Goslar, Verburg, Uckerleben, Neundorf, Mandschhof, Groß-...
Mühlen, Celle, Herzberg, Tangemünde, Erxleben-...
Hersleben, Seesen.
- Im...
Nordhausen: Schmellmannshausen, Frankenhäuser, Cassel, Heiligstadt, Wackappel, Cisleben, Kleinamerode, Wilsdorf, H. Hof, Haderberg, Kettstedt, Burgsteinfurt.
- Im...
Halle: Emmerich, Dörfelberg, Trier, W. W.
- Im...
Frankfurt a. M.: Steinau, Froschhausen, Wismar, Launsbach, Hengelsheim, Wöbber, Ringenbach, Krosdorf, Wegberg, Altenbusch, Hahnsdorf, Gießen, Schöten, Staufenberg, Wiesfeld, Höchst a. M., Janau, Bab Drb, Groß-Sieghelm.
- Im...
Helmstedt: Destrungen, Schweyningen, Kaiserlautern, Wiesloch, Mingselheim, Hellingen, Beerfelden, Sandhausen, Heppenheim, Pflungstadt, Gingen, Lachen, Ebdorf, Maunheim, Philippshausen, Korfels, Unterwiesheim, Diersheim.
- Im...
Hessen: Emmendingen.
- Im...
Karlsruhe: Hellbronn-Wödingen, Jussenhausen, Rastatt, Mönchen, Ansbach.
- Im...
Erfurt: Kahl, Gera, Eisenberg, Erfurt, Salungen, Dellisch, Götting, Bamberg, Reib, Schmolln, Halle, Söleba.
- Im...
Dresden: Partha, Frankenberg, Lunzenau, Erdmannsdorf, Ober-Dittendorf, Neugersdorf, Chemnitz, Dresden, Schöndorf, Leisnig, Elsterwerda, Müschen, Dänischen, Grimma, Dellisch, Deuben, Wurzen, Kreischa, Oeringswalde, Wittenberg, Zwickau.
- Im...
Breslau: Frankenstein, Bunzlau, Rawitsch, Halbau, Ohlau, Breslau, Neumarkt, Bösen, Reigitz, Altwasser.
- Im...
Berlin: Storfow, Kirschenwalde, Mänschewen, Woltersdorf b. Erdner, Dohrlug, Wittenberge, Guben, Sommerfeld.

Der...
Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

- Mingolsheim: Joh. Georg Dietl 1., Luise Dietl 2., Jakob Händel 3. Bev.; Leander Haas, Karl Allee Kontrollleure.
- Bernigerode: Hermann Köhne 1., Neubauer 3. Bev.
- Jalbau: Bernh. Müllers 1., Paul Graf 2., Gust. Star 3. Bev.; Otto Franz, Fritz Neumann als Kontrollleure.
- Treffurt: Gottl. Roth 1. Bev.
- Jussenhausen: Rosa Johs 2. Bev.
- Jahre 1. B.: Karl Kopf 1., Joh. Haag 2., Marie Kilgus 3. Bev.; Alb. Dörner, Stephan Kettler Kontrollleure.
- Zuben: Rich. Gensjäger 1., Hermann Dandris 3. Bev.
- Hannau: Frau Käthe Knef 1., Jean Ghod 2., Ludwig Wohländer 3. Bev.; H. Stoll, E. Herber, Kontrollleure.
- Alta: Peter Gerlen 1., Lud. Klein 2., Otto Gohdes 3. Bev.; Ryt van Eudel, Karl Nigg Kontrollleure.
- Wesel: Geth. Derken Vertr.

Adressenänderungen.

- Dortbus: Der 1. Bev. Heinz Hübner wohnt Cottbus-Sandow, Poststr. 59, pt.
- Mingolsheim: Der 1. Bev. Joh. Georg Dietl wohnt Friedriehstraße 100, die 2. Bev. Luise Dietl Friedriehstr. 100.
- Waldede: Der 2. Bev. S. Krosz wohnt Kapitelstr. 3.
- Wernigerode: Der 1. Bev. Hermann Köhne wohnt Feldstr. 58.
- Offenburg: Der 1. Bev. Joh. Egle wohnt Mittelgasse 8 I, der 2. Bev. Joh. Jentner Gerberstr. 14 I.
- Halle: Der 1. Bev. Bernh. Müllers wohnt Bunalauerstr. 59.
- München: Heinrich Gerkenhauer wohnt Porta-Barthausen 33 I.
- Heiligstadt (H): Der 1. Bev. Heinrich Wexling wohnt Wexlingstraße 636. Alle für die...
bestimmte...
Zustchriften...
sind an...
diesem...
zu richten.
- Saalfeld (H): Der 1. Bev. Adam Franz Ehmes wohnt Wendelinusstraße 12.
- Götting (H): Der 1. Bev. Wilh. Schwarz wohnt Schmollnerstr. 5 III, der 2. Bev. Karl Pöniener, Duerstr. 4 I.
- Treffurt (H): Der 1. Bev. Gottl. Roth wohnt Bernstr. 23.
- Wurzen (H): Der 2. Bev. Hof. Orzeskiewicz wohnt Förnerichplatz 2 I.
- Ruffenhäuser (H): Die 2. Bev. Rosa Kohn wohnt Kettlerstr. 44.
- Jahre 1. B. (H): Der 1. Bev. Karl Kopf wohnt Lammstr. 25, der 2. Bev. Joh. Haag, Wintelgasse 12.
- Guben (H): Der 1. Bev. Rich. Gensjäger wohnt Pförtnerstr. 5, S. I. Alle...
Zustchriften...
sind an...
diesem...
zu richten.
- Hannau (H): Die 1. Bev. Frau Käthe Knef wohnt Schwindesurf 15 I, der 2. Bev. Jean Ghod, Sternstr. 34.
- Waldorf (H): Der 1. Bev. H. Stoll, 4; Der 1. Bev. Wilh. Lindemann wohnt Dorf 6, Wöltho.
- Alta: Der 1. Bev. Peter Gerlen wohnt Köhn-Sülz, Nilsplatzstr. 100.
- Wesel: Der 1. Bev. Geth. Derken wohnt Feldstr. 51.

Unterstützungen werden ausbezahlt:

A. U. = Arbeitslosenunterstützung. K. U. = Krankenunterstützung.
Wurzen: A. U. zahlte aus der 2. Bev. Joseph Orzeskiewicz, Köntigplatz 2 I, mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 6 bis 7 Uhr.
Alta: A. U. zahlte aus Emil Ritz, Wexlingstr. 25 I, montags von 12 bis 1 Uhr mittags und Sonntags von 10 bis 12 Uhr mittags.

Vom 8. bis 14. April 1913 sind folgende Gelder bei mir...
eingegangen:
H. März: Hamburg B. 100, — 31. März: Hamburg B. 50, —
1. April: Berlin B. 70, — 4. April: Prenzlau B. 50, — 3. April:
Wiesbaden B. 50, — 5. April: Walsdorf B. 40, — Ruderberg
B. 70, — 6. April: W. A. 50, 33. Dohrlug B. 80, — Alten-
bruch B. 35, — Walsdorf B. 100, — 2. — 50. Mählsberg a. G.
B. 45, — 3. — 5, — C. Hellig-Hamburg B. 100, — 7. April: Kelling-
husen B. 125, — Goslar B. 150, — Unterleben B. 20, — Groß-
Möhen B. 150, — Jhehoe B. 100, — Kahl B. 150, — Storfow
B. 30, — Wödingen B. 300, — Elberberg B. 100, — 8. April:
Steinau B. 50, — Detmold B. 80, 23. Nörthelm B. 70, — Wung-
stadt B. 100, — Deberan B. 60, — Frankenstein B. 27, 25. 9. April:
Gingen B. 200, — Gera B. 170, — Heide B. 140, — Mofden
bei Jhehoe-Oberdorf B. 15, 75. Frankenhäuser B. 280, — Ellenach
B. 100, — Erfurt B. 200, — Gengenbach B. 75, — 10. April:
Neundorf B. 10, 87. Cassel B. 58, — Welschhof B. 300, —
11. April: Pirna B. 100, — Deuben B. 1100, — Schornhof B.
100, — Hamburg B. 100, — 12. April: Walsdorf B. 150, —
Bremen, 13. April 1913. W. Meber-Welland, Kassierer.

Für die...
ausgewählten...
Tabakarbeiter...
in...
Holland...
sind...
folgende...
Gelder...
bei mir...
eingegangen:
5. April: Götting, A. Grohns 6, — 6. April: Götting, B.
Priden 20, — Lunzenau, M. Frommholz 14, — 7. April: Orfsh,
S. Mösten 22, 70. Treffurt, S. Schmidt 3, 85. Kahl, S. Trümper
5, — Reidsburg, L. Nicolassen 10, — Schwab a. D., S. Kunow
15, — 8. April: Dresden, J. Dorneyer 100, — 9. April: Nord-
hausen, D. Schmidt 100, — Wabbenhausen, F. Neumann 13, 30.
10. April: Speng, F. Brintmann 18, 10. 11. April: Waldorf, B.
Stahlsamer 8, 90. Berlin, A. Schulze, Zigarettenfabrik Jostet,
3. Rate 24, 95. 12. April: Bremen, S. Vobbenlamp 100, —
Bremen, 13. April 1913. W. Meber-Welland, Kassierer.
Für die...
ausgewählten...
Tabakarbeiter...
in...
Holland...
sind...
folgende...
Gelder...
bei mir...
eingegangen:
9. April: Stockholm, C. Johannsen 278, 40.
Wichtig: In Nr. 15 des...
Tabak-Arbeiter...
sind...
etwa...
800 M...
als...
freiwillige...
Beiträge...
quittiert; dieser...
Betrag...
sind...
Beiträge...
für den...
Internationalen...
Fonds.
Bremen, den 14. April 1913. C. Reichmann.

Statistik

für das Kaiserliche Statistische Amt.

Zu die...
Gauleiter!
Trotz der...
vielen...
Hinweise...
auf die...
Wichtigkeit...
der...
statistischen...
Angaben...
haben...
eine...
Reihe...
Bevollmächtigter...
immer...
noch...
nicht...
für...
nötig...
diese...
Angaben...
zu...
machen...
oder...
schäden...
die...
Statistik...
so...
spät...
in, daß...
sie...
nicht...
mehr...
mit...
berücksichtigt...
werden...
können.
Wir...
eruchen...
nun...
dringend...
die...
Gauleiter...
die...
Bevollmächtigten...
ihres...
Gaus...
über...
die...
Wichtigkeit...
der...
Statistik...
aufzuklären...
und...
für...
pünktliche...
Einsendung...
der...
Angaben...
anzuhalten.
Von...
folgenden...
Zustellen...
ging...
für...
den...
Monat...
März...
keine...
Angabe...
ein:
Im...
Hamburg: Bergeborf, Langweel.
Im...
Braunschweig: Clausdal, Hannover, Helmstedt.
Im...
Nordhausen: Altmorschen, Grimshewer.
Im...
Halle: Neuenkirchen, Mofden.
Im...
Frankfurt: Vochem, Neumbach, Lützenburg.
Im...
Karlsruhe: Lamsbach, Rüdlingen, Rangenelsboch, Gahnstadt,
Wiesbaden.
Im...
Hessen: Hochdorf.
Im...
Dresden: Offenbach.
Im...
Karlsruhe: München, Lauffen, Stuttgart.
Im...
Erfurt: Schmalkalden, Pögned, Meuselwitz, Grefk, Lobenstein,
Mühl.
Im...
Dresden: Wittenberg, Döbeln, Erdmannsdorf, Gr.-Schönau,
Bergau.
Im...
Breslau: Mioskam.
Im...
Berlin: Elbing, Tilsit.

Mitglieder-Versammlungen.

Jeder...
erhaltene...
Gewerkschafter...
besucht...
regelmäßig...
die...
Versamm-
lungen!
Sonntag, den 19. April:
Godeheim: Ab. 10, Bähringer Hof, L.-D.: Die...
Lage...
in...
unserer...
Industrie...
und...
die...
Reformbedürftigkeit...
unseres...
Statuts;...
Kär-
tallbericht;...
Wahl...
der...
Ortsverwaltung;...
Verschiedenes.
Mittweide: Ab. 10, Rosengarten. Unsere...
Versammlungen...
finden...
statt...
an...
jedem...
3. Sonntag...
im...
Monat.
Oberbeden: Ab. 8, an...
bekannter...
Stelle.
Schenck: Ab. 8 1/2, j. gold. Stern. L.-D. wird...
dort...
bel. gegeben.
Werber: Ab. 8 1/2. L.-D.: Steuer- und...
Konopolbestrebungen...
in...
der...
Tabakindustrie;...
Referent...
Gauleiter...
Schlüter.
Karlsruhe: Ab. 10, Schwarzwälder Hof, L.-D. wird...
dort...
bel. gegeben.
Sonntag, den 20. April:
Herringshausen: Nachm. 2 1/2, h. Vahle. L.-D.: Steuer- und...
Konopolbestrebungen...
in...
der...
Tabakindustrie;...
Ref. Gaul. Schlüter.
Halle: Nachm. 3 1/2, h. Sander. L.-D.: Abrechnung,...
Verschiedenes.
Wesel: Nachm. 4. L.-D. wird...
in...
der...
Versammlung...
bel. gegeben.
Tannenberg: Nachm. 3, Krebs Gasthof, L.-D. wird...
dort...
bel. gegeben.
Sonntag, den 26. April:
Wabbenhausen: Ab. 8, h. Wehmeier. L.-D.: Abrechnung, Vortrag...
über...
Konopolbestrebungen...
und...
Markensystem (Ref.: Gaul,
Schlüter),...
Verschiedenes.
Sonntag, den 27. April:
Girsberg: Nachm. 3, in...
der...
alten...
Hoffnung.
Rehms: Nachm. 3, Bepels Anton. L.-D.: Abrechnung, Verschiedenes.
Niederbeden: Nachm. 4, h. Gente.

Berlin.

Essentielle...
Bibliothek...
und...
Lesesäle...
zu...
unentgeltlicher...
Benutzung...
für...
jedermann...
SO.,...
Waldstr. 41. Geöffnet...
von...
10 Uhr...
abends...
an...
Sonn- und...
Feiertagen...
von 8 bis 1
und 3 bis 6 Uhr. In...
den...
Lesesälen...
liegen...
zurzeit...
617...
Zeitung...
und...
Zeitschriften...
jeder...
Art...
und...
Richtung...
aus.

Gestorben:

Am 27. März zu...
Hände...
Minna...
Fortfiede...
aus...
74...
Jahre...
alt.
Am 27. März zu...
Hände...
Wilhelm...
Wehmeier...
aus...
Rehme, 65...
Jahre...
alt.
Am 29. März zu...
Hände...
Cruzburg...
Helene...
Fröbel...
aus...
Cruzburg, 36...
Jahre...
alt.
Am 8. April zu...
Hände...
Fritz...
Lobbes...
aus...
75...
Jahre...
alt.
Am 7. April zu...
Hände...
Frankenberg...
i. S. Alwin...
Gentschel...
aus...
Schland a. S., 21...
Jahre...
alt.
Am 9. April zu...
Hände...
Manheim...
Joh. Volkmer...
aus...
Dgersheim, 70...
Jahre...
alt.
Ehre...
ihrem...
Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I.
Eingegangen: Wittenberg M. 40, —, Galm 100, —, Sprem-
berg 75, —, Pölsdam 60, —, Darmstedt 230, —.
Sterbekasse: Hamburg M. 200, —, Otensen 60, —, Braun-
schweig 11, 95. Neuland 86, 03. Verden 304, 20.
Zustelle: Gr. Lohheim A. 50, —, Berlin 100, —, Dietrichs-
100, —, Gr. Steinhelm 100, —, Stuttgart 100, —, Carlsberg 100, —,
Hilfsh. 100, —, Bösen 100, —, Rehme 30, —, Mannheim 50, —,
Pirna 100, —, Altona 200, —, Hamburg 100, —, Otensen 60, —,
Verden 303, 20, Krüllshelm 86, 03.
Frankenfeld: M. 136, 44.
Hamburg, den 14. April 1913. C. Otto.

H In der Sumatra-Einschreibung F

vom 11. April in Amsterdam kaufte ich

die geschlossene Partie Sandblatt LPC/Padang Brahrang VIII sowie eine Auswahl hochfeiner heller Pflückblätter

Ich offeriere

- | | |
|---|-----------|
| No. 1890. LPC/Padang Brahrang. Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, zart, mattfahl, zugig | Mark 6.10 |
| No. 1889. LPC/Padang Brahrang. Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, matt, reinfarbig, zugig | Mark 5.75 |
| No. 1887. LPC/Padang Brahrang. Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, matt, reinfarbig, zugig | Mark 5.— |
| No. 1886. LPC/Padang Brahrang. Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, matt, reinfarbig, zugig | Mark 4.80 |
| No. 1883. LPC/Padang Brahrang. Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, matt | Mark 3.60 |

- | | |
|--|-----------|
| No. 1832. Pflückblatt, 2. Länge Lochblatt, sehr blattig, wenig Loch, sehr hell | Mark 3.20 |
| No. 1884. Pflückblatt, 1. Länge Lochblatt, riesig blattig, wenig Loch, sehr hell | Mark 4.50 |
| No. 1885. Pflückblatt, 1. Länge Lochblatt, riesig blattig, wenig Loch, matthell | Mark 4.75 |
| No. 1888. Pflückblatt, 2. Länge Vollblatt, sehr hell und reinfarbig, besonders schön | Mark 5.50 |
| No. 1891. Sandblatt, 2. Länge Vollblatt, sehr hell, sehr leicht, riesig deckfähig | Mark 6.50 |

**Decken Sie
jetzt Ihren
Bedarf!**

Heinrich Franck

**Berlin N. 54
Brunnen-
Strasse 22**

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1739

Telephon: Amt Norden 4352

Bekanntmachung.
Hierdurch zur gefälligen Kenntnisnahme, daß eine
Angeordnete General-Versammlung
der Zentral-Kranken- und Sterbefasse
der Tabakarbeiter Deutschlands
am Montag, den 26. Mai, und die folgenden
Tage in Erfurt im Gewerkschaftshaus stattfindet.
Tagesordnung: 1. Wahl einer Mandats-, einer Geschäfts-
verwaltungs- und einer Beschwerdekommission. 2. Bericht der Kommission
und Beschlußfassung über die Anträge derselben. 3. Bericht des Vor-
standes, Ausschusses und Schiedsgerichts. 4. Beratung und Beschluß-
fassung über ein neues Statut. 5. Festsetzung der Gehälter für den
Vorstand. 6. Wahl des Vorstandes und dessen Ersatzmänner. 7. Wahl
des Sines des Ausschusses resp. Aufsichtsrats sowie der Aufsichtsrats-
mitglieder und deren Ersatzmänner. 8. Sonstige Kassenangelegenheiten.
Die Wahlen der Abgeordneten haben in der Zeit vom 27. April
bis einschl. 4. Mai stattzufinden, etwaige Stichwahlen vom 11. bis
einschl. 18. Mai. Etwaige Anträge sind bis zum 11. Mai
an den Vorstand einzufenden.
Hamburg, den 14. April 1938.

Der Vorstand: **ges. S. Leuz.**
J. H. Koopmann, Bremen
Fernsprecher 3946 Neustadtwall 36 Fernsprecher 3946
empfiehlt in besonderer Preiswürdigkeit:
Sumatra-Decker, Solblatt, 185, Mexiko-Decker (Andres) 300, 350
200, 250, 240, 250, 260, 275, 280, 400
300, 320, 340, 420, 460, 500, 4
Sumatra-Umblatt, Solblatt, 155,
180, 4
Java-Decker buntel 230, 4, hell
280, 290, 300, 320, 4
Java-Umblatt 140, 155, 160,
185, 4
Java-Einlage 95, 4, mit Umbl.
110, 120, 130, 4
Vorstenland-Decker 260, 275,
280, 290, 4
Brasil-Decker 175, 200, 210, 4
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u.
trocken, 125, 130, 140, 150, 160, 4
Bildformen (neu und gebraucht in allen Größen von 50—150, 4
Kohlflecken-Aberlücke verfähre gratis und franco.
Neue, schmelzbeständige Formpressen mit Hochgeschwindigkeit, besonders
für 10 bis 12 Formen, von 750—1000, 4
Gummil-
Pressen mit elektrischer Motor, große Leistung, von 250—350, 4
Nagel-
pressen von 50—100, 4
Gieß-
maschinen, groß und klein, von 100—150, 4
Pressen für Hand, groß und klein, von 100—150, 4

H. Edling
Bremen, Fernspr. 5492
— anerkannt reiche, billige —
Seitungsquelle sämtlicher Zitate
empfehlen
Sumatra-Decker (Kantengewehr
Strand) 180, 200, 220, 240, 250,
280, 290, 300, 310, 320, 340,
400, 420, 450, 500, 4
Sumatra-Umblatt (Solblatt) 140,
150, 160, 170, 4, Stückblatt 130,
140, 150, 4
Java-Decker (hell) 270, 280, 300,
350, 4, (mittel) 200, 230, 240,
250, 4
Java-Umblatt (leicht, Kottbrennend)
120, 125, 130, 140, 150, 160, 170, 4
Java-Einlage 95, 100, 105, 110,
115, 4
Vorstenland-Decker 180, 200, 220,
230, 240, 4
Brasil-Einlage u. Umblatt 120,
125, 130, 135, 140, 150, 160,
170, 4
Gesechnittene Einlage 110, 4
Carmen-Umblatt 105, 110, 120,
130, allerfeinstes Umblatt 140, 4
Domingo (sehr leicht) 100, 105,
110, 120, 130, 4
Sedilal 110, 120, 4
Lougut (blattig) 95, 100, 4
Original-Prüfung 105, 110, 120, 4
Havana 150, 200, 250, 300, 400, 4
Decker 650, 4
Tara-Cuba (fauc) 180, 200, 250, 4

Hermeking & Boy
Berlin N., Brunnenstrasse 183
Sumatra-Decke, sehr große Aus-
wahl, mittel- und hellfarb. Voll-
blatt, 2. und 3. Länge, à 250
bis 600, 4, hell ff. 600, 4
Vorstenland-Decke, buntel,
bester Mexiko-Erfolg, à 260, 4,
helle Schreibede à 300—400, 4
Java-Einlagen à 110—125, 4
Java-Arbeiter à 130—145, 4
Java-Umblatt à 150—190, 4
Mexiko-Decke ff. 450, 4
Brasil à 150—190, Decke à 350, 4
Havana à 350, 4, Cuba à 200, 4
Domingo à 120—170, 4
Carmen à 120—155, 4
Uckermarkler Ia. à 105, 4
Blattware, à 105, 4 in. Decker
Blatt-Ramponagen à 125, 4
Wickelformen, gebrauchte, gut er-
haltene. Schiffschen-Abdruck gratis
und franco.
Pressen zu 12 Formen, oben u. unten
verschraubt, Holzfuß- u.
Solbruchplatte in sehr starker Aus-
führung, leichte Träger, 10, 4
kostl. 11, 4, nur 10, 4
Presskasten, Bänckelbänke, Roll-
breiter, Arbeitsmesser, Lack,
Papier, Band, Ringe, 1. Ketten,
Gummifragant.
Gebrauchte Arbeitsfähige,
Pressen, Rahmen, Siebe,
Zabatsreise per Pfund verzollt
inkl. Verzug. Versand unter
Nachnahme mit 3% Skonto.
Verlangen Sie Preisverzeichnis.

W. Hermann Müller
— Berlin, Magazinstrasse 14 —
Java-Umblatt No. 7124
sehr lieferungsfähig, leicht und brandsicher, nur M. 1.50
pro Pfund verzollt.
Sumatra No. 6869
2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2.25 pr. Pfund verzollt
Bestellen Sie Muster!

Preiswerte Tabake.
Sumatra-Decker, 3. Länge Sol-
blatt, mittelhell, 180, 4
Sumatra-Decker, 2. Länge Sol-
blatt, mittelhell, 230, 4
Sumatra-Decker, 1. Länge hell,
450, 4
Vorstenland-Decker, hell, 230
und 260, 4
Java-Umblatt, Bezogel, 140, 4
Java-Einlage 85, 4
Falk-Decker PP: Cruz das Almas,
200 und 220, 4
Falk-Einlage, gestreckte Blätter,
140, 4
Domingo FF, großes zartes Blatt,
125, 4
Domingo F, Umblatt, 105, 4
Domingo H, blattiger Arbeiter,
95 und 100, 4
Carmen, großes Umblatt, beste
Ware, 135, 4
Carmen-Umblatt, Ia. Ware, 120, 4
Carmen-Arbeiter, 110, 4
Carmen-Einlage, 100, 4
Havana-Vuelta, Einlage mit Auf-
leger 200, 4
Havana-Einlage, saure Vuella
in Paketen 160, 4
Mexiko-Decker, tabelloser Brand,
230, 4
Lougut, rein amerikanisch, beste
Ware, 95, 4
Preis pr. 1/2 kg verzollt mit
Wertzuschlag.
Verkauf nur gegen Nachnahme.

• Käse •
Hofsteiner Holländer Käse
billiges, nahrhaftes Lebensmittel
bei den teuren Zeiten (kein Kunst-
produkt, sondern reine Naturware)
liefert in Broden von 9 Pfund zu
Mk. 3.95 ab hier.
Schweine-Kleinfleisch
(Rippen, Kopfstücke, Schmalzen,
Ohren, fleischige Beine) seit 10
Jahren über ganz Deutschland ein-
geführt.
10 Pfd. Postkollt Mk. 3.20.
Käbel mit 25 und 50 Pfd. Inhalt
per Pfd. nur 31 Pfg.
9 Pfd. Thüringer Rotwurst Mk. 5.85
9 Pfd. Landlauerwurst Mk. 5.85
9 Pfd. geräuch. Rippenfleisch Mk. 8.25
9 Pfd. reines Schweineschmalz
Mk. 6.95
Alles ab hier. Nachnahme. Preis-
liste gratis und franco. Provisions-
Agenten gesucht.
Heinrich Krogmann
Nortorf i. H. Nr. 263

Geldnot
In das Hebet der letzten Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie mit rechten
Sinn. In dem Riechermagazin erhalten Sie von
Millionären
Seitens der... (Text) ...
M. Diamond, München
Buttermelcherstrasse 5
Bereiten Sie sich noch heute ohne Verlobung... (Text) ...
Zaffe-Auflage, 1- und 2-reihig von M. 10—40
Schwaben-Auflage 7—35
Schrad-Auflage, schwarz und Rotfarben 10—40
Frad- und Smalting-Auflage 10—45
Gingele Geier und Cello 2—10
Räuberer engl. Wirt, 1- und 2-reihig 6—30
Frühjahrserzieher 4—18
Gummil-Waiver in allen Größen 14—30
Stadt-Feite 50—200
Größe Abstellung der hochsteine neue Garderobe zu schenken
billigen Preisen.
Sollte es Ihnen, bei der abnehmenden Steuer... (Text) ...
Verkauf nur per Nachnahme.

P. Zimmer, Bremen
Bulhauptstrasse.
Jacob Hirsch jr.
Mannheim B 1. 9. [10
Alle Sorten in- u. ausländi-
scher Tabake zu billigsten
Lagerpreisen inkl. Zoll- u. Wert-
steuer. Post-Versand per Nach-
nahme. Ziel nach Uebereinkunft
per Angabe von 15 Referenzen!

Gelesene Tabak-Arbeiter
bilden ein vorzügliches Agitations-
mittel, deshalb gebe man sie stets
an unorganisierte Kollegen weiter.
Die Bevollmächtigten, in deren
Bereich sich der Zigarettenarbeiter
Richard Schestl aus Damm
t. Vom. aufhält, werden dringend
erzucht, ihren Vorgesetzten dem I. Bev.
Rob. Bern, Schmidt a. D.,
Gartenstr. 9, mitzuteilen.
Dobrilluck.
Unserer Mitarbeiterin Frau
Marie Gernold zu ihrem am
20. April stattfindenden 40jährigen
Arbeitsjubiläum die herzlichsten
Glückwünsche.
Ihre Mitarbeiter der Firma
Robert Georgi, Strahlen W. 4.
Briefkasten.
Schweib. a. D. 70, 4
Dortmund 80, 4